

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestr. 18a part.  
Telephonruf: Nr. 3892.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnetze:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **381 500** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Zur Wiedereröffnung des Reichstags.

Am 4. November tritt der Reichstag in Berlin wieder zusammen und nur niederdrückende Befürchtungen, aber keinerlei erhebende Hoffnungen erweckt die Eröffnung des Parlamentes in den Reihen der Arbeiterschaft. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik, die wichtige Interessen der Arbeiterschaft berührt, ist für sie entweder gar nichts oder nur schlechtes zu erwarten. Es droht eine Entrechtung der Arbeiter im Krankenversicherungswesen, die nur in der Zuchthausvorlage von 1899 ihr ebenbürtiges Seitenstück finden würde. Nach bezüglichen Mitteilungen, die kürzlich ein Unternehmerblatt zu machen in der Lage war, stünde eine „Reform“ der Krankenversicherung bevor, die die seit Jahren von den Scharfmachern mit heißer Sehnsucht und lautem Geschrei geforderte Abschaffung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen dekretieren würde. Mit dem hekerischen Schlagwort von den „sozialdemokratischen Ortskrankenkassen“ ist von der Unternehmer- und bürgerlichen Tagespresse die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen bekämpft worden, weil man den Arbeitern keine Gleichberechtigung zugestehen will. „Reform der Krankenversicherung“ wurde gefordert und Entrechtung der Arbeiter, Auslieferung der Verwaltung der Ortskrankenkassen an die Bureaucratie, an Militäranwärter, gemeint. Unternehmer, die jahrelang an der Verwaltung der Ortskrankenkassen neben den Arbeitern mitwirkten, haben deren Objektivität, Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit ebenso anerkannt, wie die Unternehmerbegeisterten in den Gewerbeberichten es ihren Kollegen aus den Arbeiterkreisen gegenüber taten und damit allen niedrigen Anschuldigungen und Verleumdungen derselben entgegentraten.

Über die scharfmacherischen Verleumdungen der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen gleichen und gleichen dem „Haupt der Hydra, das ewig fällt und sich erheut“. Und der Hebe gegen die Ortskrankenkassen haben sich auch die Ärzte angeschlossen, die nachgerade dazu gelangt sind, die Versicherung als eine Einrichtung zu betrachten, die eigentlich nur ihremwegen da ist und für die die Arbeiter nur als eine gleichgültige Nebenerscheinung gelten oder nur als Mittel zum Zweck, indem sie durch ihre Krankenkassenbeiträge die Gelder aufbringen, aus denen die ärztlichen Honorare bezahlt und die Existenzbedingungen der Ärzte gesichert werden.

Und die Unternehmer, die, solange als die Arbeiterversicherungen bestehen, nicht müde wurden, über die „sozialpolitischen Lasten“ der Industrie zu klagen, wodurch deren Konkurrenzfähigkeit sowie die Höhe ihres Profits beeinträchtigt würden, erklären sich nun bereit, statt des gegenwärtigen Drittels die Hälfte der Krankenkassenbeiträge zu zahlen, also noch mehr „sozialpolitische Lasten“ auf sich zu nehmen, wenn die Arbeiter entrechtet und die „sozialdemokratischen Kassenbeamten“ gemäßigert, durch Militäranwärter, Kriegervereiner, Gelbe à la Schubert (Chemnitz) ersetzt würden. Diese „Opferwilligkeit“ beleuchtet den Schwindel der „sozialpolitischen Lasten“ der Industrie, die ja nichts anderes sind als ein Teil der allgemeinen Betriebskosten, die ein Moment der Preisbildung sind und die daher mit dem Geschäftsprofit gar nichts zu tun haben, um so weniger, als die Versicherungsanstalten in gleichem Maße für alle Unternehmer gelten.

Es ist klar, daß von der Arbeiterschaft das beabsichtigte Attentat auf die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen mit allen Mitteln bekämpft und verhindert werden muß, ebenso wie vor neun Jahren die Zuchthausvorlage verhindert wurde.

Im übrigen meldete das Berliner Tageblatt über den Stand der Sozialpolitik im Deutschen Reich: „Die Arbeitslosenversicherung wird, wie wir aus bester Quelle erfahren, vorläufig zurückgestellt werden. ... Was die Witwen- und Waisensicherung anbelangt, so ist zu erwarten, daß sie in Anlehnung an die Alters- und Invalidenversicherung ausgebaut werden und nicht viel geringere Mittel wie diese erfordern wird. Mit der Vorbereitung der Witwen- und Waisensicherung ist aber das Arbeitsprogramm für das Reichsamts des Innern auf die Dauer von mindestens drei Jahren erschöpft.“

Gleichzeitig wird aber gemeldet, daß der Arbeitskammergebietswort einer „durchgreifenden Änderung unterworfen werde“. Die Anlehnung an Berufsgenossenschaften dürfte in Wegfall kommen, der Wahlmodus für Arbeitervertreter geändert werden. Dagegen bleiben die paritätisch angeordneten

Arbeitskammern und das Berufsprinzip für die Bildung der Kammern bestehen. Da die Vorarbeiten zur Umänderung der Vorlage sehr umfangreich sind, dürfte die Erledigung durch den Bundesrat und die Einbringung in den Reichstag erst gegen Weihnachten erfolgen.

Im Schoße von Reichstagskommissionen ruhen bekanntlich die Gewerbeordnungsnovelle und die Novelle zum Hilfskassengesetz. Von dem Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist es still geworden und es ist zu wünschen, daß die Materie nicht wieder in Angriff genommen wird. Den gleichen Wunsch darf man hegen bezüglich der gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags, die nur Juristen, nicht aber die Arbeiter verlangen.

Bei dem heute in Berlin herrschenden Geiste, angesichts des neuen Ministers gegen die Sozialreform, des Herrn v. Bethmann-Hollweg, muß die Arbeiterschaft dringend wünschen, daß auf dem Gebiet der Sozialreform lieber gar nichts geschehe, daß der sozialpolitische Stillstand, der seit Jahren besteht, unverändert fortbauere, denn von jeder sozialpolitischen Aktion, die das heutige Blockregiment unternimmt, hat die Arbeiterschaft nur Entrechtung, Ausnahmestellung, Verfolgung und Unterdrückung zu erwarten.

Die Hauptarbeit des Reichstags wird übrigens trotzdem eine volksschädliche sein, denn sie wird in der „Finanzreform“ bestehen, deren Zweck nicht etwa ist, wie das fortschrittlich und sympathisch klingende Wort „Reform“ vermuten ließe, drückende Steuern abzuschaffen und den auf dem Volke schwer lastenden Steuerdruck etwas zu mildern, sondern im Gegenteil, ihn noch weiter zu verhärtigen. Rund 500 bis 600 Millionen Mark neue Reichssteuern sollen aufgebracht werden, um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die 200 Millionen Mehreinnahmen, die die vor zwei Jahren durchgeführte siebenfache „Steuerreform“ einbrachte und die man als das Ende der Steuerfahne hätte sollen betrachten dürfen, waren gleichsam nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn in den letzten zwei Jahren sind die Ausgaben enorm weitergestiegen, weit über die Einnahmen hinaus, so daß trotz der neuen Steuern die Reichsschulden weiter gestiegen sind. Die Einnahmen des Reiches stiegen von 2,39 Milliarden im Jahre 1905 auf 2,59 Milliarden im Jahre 1907, aber gleichzeitig erhöhten die Ausgaben eine Vermehrung von 2,19 auf 2,59 Milliarden. In den Einnahmen sind jedoch die Anleihen enthalten, die 1905: 341,71, 1906: 277,15 und 1907: 253,89 Millionen betragen. Die Reichsschuld ist bei dieser Wirtschaft von 3543 Millionen im Jahre 1905 auf 4253 Millionen im Jahre 1908 gestiegen; außerdem schuldet das Reich dem Invalidenfonds, der 1876 562,77 Millionen betrug, nicht weniger als 473 Millionen, die es ihm im Laufe der Jahre „abpumpt“. Es wird also bald die fünfte Milliarde Reichsschuld komplett sein, wofür zu 4 Prozent rund 200 Millionen jährlich an Zinsen ausgegeben werden müssen!

Nun soll wie 1905 ein halbes Duzend neuer Steuern und Steuererhöhungen beschlossen werden, um die Reichseinnahmen auf einen Schlag um eine halbe Milliarde zu erhöhen, so daß sich das Einnahmehudget bald auf drei Milliarden pro Jahr erhöhen wird.

Es ist ein ganzes, aber kein schönes Bußgeld, das an neuen Steuern präsentiert wird: Nachlasssteuer 45 und in Verbindung damit eine Wehrsteuer 35, zusammen 80 Millionen, Wehrsteuer 30, Biersteuer 100, Zigarettenbanderolensteuer 60, Gas- und Elektrizitätssteuer 60, Rohspiritusmonopol 100, Insektensteuer 25 Millionen, zusammen 455 Millionen Mark. Dazu sollen noch die Matrifalarbeiträge der Einzelstaaten an das Reich von 40 auf 80 3/4 pro Kopf erhöht werden.

Es würde zu weit führen, diese neuen Steuern im einzelnen kritisch zu beleuchten. Mit Ausnahme der Nachlass- und Wehrsteuer sind es lauter indirekte Steuern, die wiederum die große Masse des Volkes aufbringen muß. Die Wehrsteuer möchte man geradezu als einen Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnen und gegen die Nachlass- oder Erbschaftsteuer wüßten bereits die agrarische Deutsche Tageszeitung und die junkerliche Kreuzzeitung, die darin eine Vermögenskonfiskation, einen „Raub“ an dem Edelsten und Besten, was der deutsche Patriot besitzt, erblicken und nahe daran sind, wiederum, wie unter Caprivi, ihre Königsreue und Vaterlandsliebe, den ganzen Patriotismus zu kündigen und ihre monarchische Gesinnung zu revidieren.

Reaktion und Stillstand auf dem Gebiet der Sozialpolitik, ein neuer Beutezug von einer halben Milliarde auf die Taschen des Volkes — in diesen Zeichen nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf, der Blockreichstag, das Schwindelprodukt einer abgebrühten Demagogie. Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag werden hart um die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen kämpfen müssen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Der Wirtschaftshimmel ist so trübe, daß die Bestrebungen, die Konjunktur gesund zu schreiben und zu reden, zurzeit wenigstens, aufgegeben worden sind. Die Lage der Eisenindustrie hat sich nach einem kurzen Aufblühen verschlechtert, der Kohlenmarkt hat sich neuerdings so gestaltet, daß das Kohlsyndikat die bisher mit Hartnäckigkeit vorenthaltenen Preisermäßigungen wenigstens zu erwägen beginnt. Noch kürzlich hatte der Stahlwerkverband wieder den Versuch unternommen, den Einbruch hervorzufragen, wie wenn die Periode der Besserung wirklich begonnen habe. Einige Blätter brachten die Meldung, der Beschäftigungsgrad habe derartig zugenommen, daß die Zuweisung auf die Beteiligungszahl der Werke von rund 60 Prozent vor einigen Monaten auf rund 80 Prozent gegenwärtig erhöht werden kann, und eine weitere Steigerung bis zur vollen Höhe der Beteiligungszahl mit Anfang des neuen Jahres zu erwarten ist. Beruhten diese Angaben nicht auf reinster Erfindung, so wäre nur die Annahme möglich, daß man die Steigerung des Beschäftigungsgrades nach den Eingängen an einigen besonders günstigen Tagen berechnete und diese Zahl verallgemeinerte. Schon für den Monat September war ein günstiger Stahlwerkverbandsausweis angekündigt worden, doch die jetzt vorliegenden Verbandszahlen lassen bei auch nur einiger Prüfung erkennen, daß sie keine irgendwie wesentliche Änderung der Marktlage anzeigen. Der Versand an A-Produkten im September betrug 404 808 Tonnen gegen 401 159 Tonnen im August dieses Jahres und 419 623 Tonnen im September 1907. Die Bedeutung dieses Ausweises sollte gerade darin liegen, daß die Verbandszahlen in dem verflohenen Monat dieses Jahres nahezu den Verbandsumfang im Vergleichsmonat des Vorjahres erreichten. Ein Blick in die folgende Tabelle zeigt uns aber, daß im September des Vorjahres zum erstenmal ein sehr beträchtlicher Versandrückgang eingetreten war, so daß sich selbst in den beiden darauffolgenden Monaten noch eine Steigerung des Verbandes vollzog. Es wurde veranlagt:

	1907	Holzzeug Tonnen	Formeisen Tonnen	Eisenbahn- material Tonnen	Gesamt- produkte A Tonnen
Januar	154815	146370	188886	489571	
Februar	141347	124806	183111	449264	
März	147769	152372	208168	508309	
April	142516	166245	173213	481974	
Mai	130363	175028	183916	489307	
Juni	136842	177597	200124	514663	
Juli	121574	179701	187151	488426	
August	139845	186106	195718	521469	
September	125291	117359	176973	419623	
Oktober	120014	129921	188998	498933	
November	115891	85091	222074	423055	
Dezember	81706	58279	219530	359515	
Januar 1908	101460	67039	214557	383056	
Februar	108854	104092	207562	420508	
März	132190	155437	198841	486468	
April	104703	126125	141128	371956	
Mai	114549	137343	162913	414855	
Juni	98036	115109	165196	378361	
Juli	114355	126954	147420	388709	
August	125464	116371	159321	401159	
September	127648	106258	170702	404608	

Noch ungünstiger sind die Zahlen über die Roheisenerzeugung Deutschlands im September 1908. Die Produktion betrug 926 729 Tonnen gegen 935 445 Tonnen im Vormonat und 1 091 020 Tonnen im September des Vorjahres. Die Erzeugung während der Monate Januar bis September 1908 stellt sich auf 8 924 665 Tonnen gegen 9 688 484 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Die Verwaltungen der großen Montanunternehmungen können in ihren Geschäftsberichten auch nichts neues mehr über die Konjunkturgehaltung sagen, sie stimmen in der Klage über die gegenwärtige Situation und in der Erwartung überein, daß der Frühling eine regere Geschäftstätigkeit bringen werde. Interessanter sind die positiven Angaben über den gegenwärtigen Auftragbestand und die Vergleiche dieser Zahlen mit denen des Vorjahres. So berichtet der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, daß in das mit dem 1. Juli dieses Jahres begonnene neue Rechnungsjahr 68 306 Tonnen (105 561 Tonnen im Vorjahr) Gesamtaufträge einschließlich des verlaufenen Roheisens übernommen wurden. In dieser Ziffer sind 12 000 Tonnen Roheisen enthalten, gegen 15 000 Tonnen im Vorjahr, die der Stahlindustrie vorliegenden Bestellungen bezifferten sich am 1. Juli dieses Jahres auf circa 8322 Tonnen gegen 33 000 Tonnen im Vorjahr. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch, Aktiengesellschaft in Dortmund, das für 1907/08 eine Dividende von 14 gegen 13 Prozent im Vorjahr zahlte, bemerkt in seinem Geschäftsbericht, daß am 1. Juli 1908: 66 133 Tonnen Aufträge gegen 81 612 Tonnen am 1. Juli des Vorjahres vorlagen. Die Westfälischen Drahtwerke in Langendreer, die einen Rückgang des Reingewinnes von 1,28 Millionen Mark im Vorjahr auf 389 000 M im Jahre 1907/08 aufweisen und eine Dividende von 10 Prozent gegen 28 Prozent im Vorjahr zur Verteilung bringen, verzeichnen für den 1. Juli einen Auftragbestand von 7315 Tonnen gegen 11 010 Tonnen im Juli 1907. Die Gesellschaft bemerkt, daß das anhaltende Fallen der Preise für ihre Fabrikate einen derartigen Charakter annahm, wie sie dies in ihrer langjährigen Tätigkeit noch nicht erlebte. Trotz dieses Preisrückganges blieben dagegen die Preise für Roheisen und Drahtknüppel (Halbzug) im dritten und vierten Quartal 1907 auf ihrem höchsten Punkte stehen. Eine Ermäßigung trat erst im zweiten Quartal 1908 ein, und zwar für Roheisen um 4 M, für Drahtknüppel um 10 M für 1000 Stogramm, während die Kohlenpreise eine Ermäßigung überhaupt nicht erfahren. — Mit Festigkeit wenden sich Eisenwerke weiter gegen

die Preispolitik des Kohlenhandels. Verwaltungsmittel aber solcher Werte, die selbst in anderen Umständen eine führende Rolle spielen, rühren, das „viele Eisenwerke lebhaftig für das Kohlenhandels arbeiten“. Zu den Gesellschaften, die mit besonderer Schärfe ihre Kritik gegen das Kohlenhandels richten, gehört der belgische Kohlenverein Kumes-Verband. Die Verwaltung betont, daß neben den Steigerungen der Herstellungskosten infolge der schwächeren Beschäftigung die Selbstkosten gegen das Vorjahr namentlich durch die erhöhten Kohle- und Kohlenpreise eine empfindliche Verteuerung erfahren haben. Die Mehrausgaben infolge der Preissteigerung beziffern sich allein für das laufende Jahr in abgelaufenen Geschäftsjahr auf rund 728000 M. „Das Kohlenhandels“, so führt der Bericht des Kohlenvereins weiter aus, „hatte im Frühjahr 1907 die Kohlenpreise erhöht und es für richtig befunden, ohne Rücksichtnahme auf den Rückgang, unter welchem das Eisen- und Stahlgewerbe selbst, an den hohen Preisen auch im Frühjahr 1908 und bis jetzt festhalten. Ungeachtet der dringlichen Vorstellungen der hiesigen Werke, welche mit höchsten Frachten die Hauptabnehmer des Kohlenhandels in Köln sind, verbleibt das Syndikat bei seiner Preispolitik unter dem Hinweis, daß es grundsätzlich von einem gefahnen Beschäftigten hinsichtlich der Preisstellung nicht abgehen könne. Nicht die Lage der von ihm abhängigen Eisenindustrie scheint also für das Syndikat bestimmend, sondern lediglich seine Machtstellung als alleiniger Lieferant von Kohle. Denn auch der Verkauf der belgischen Kohlerzeugung liegt in seiner Hand, und es zwingt die hiesigen Werke zum Mitbezug von minderwertigen belgischen Kohle.“

Außerst charakteristisch wird die Lage des Kohle- und Hoheisenmarktes durch die Mitteilung der Eisen- und Stahlwerke Bergwerks-Untertagegesellschaft beleuchtet, daß sie Kohlebestände in Höhe von 264027 Tonnen hat auf Lager nehmen müssen. Dieses Quantum entspricht der Produktion von zwei Monaten dieses Wertes. Da auch auf den übrigen Zeichen ähnliche Kohlebestände aufgehäuft sind, so dürfte sich, wie bereits erwähnt, das Kohlenhandels auf Preisrückstellungen gezwungen sehen. Für Kohle soll eine Preisermäßigung von 1,50 bis 2 M pro Tonne geplant sein, auch für Zinkdioxid wohl vielleicht eine Herabsetzung von 0,50 M für die Tonne eintreten. Die Syndikatsorgane kündigen an, daß Preisherabsetzungen, wenn sie am 1. Januar oder gar am 1. April kommenden Jahres erfolgen, wahrscheinlich nur sechs Monate hindurch in Kraft bleiben sollen. Solange es sich um Preisrückstellungen handelt, versichert die Syndikatsleitung nicht, daß Preisrücksetzungen nur für die Dauer eines Jahres erfolgen können. Bei Ermäßigungen zugunsten der Abnehmer kann ganz plötzlich die Geltungsdauer der Preise auf sechs Monate eingeschränkt werden.

Der wirtschaftliche Rückgang, der das Schiffahrtsgewerbe sehr scharf in Mitleidenschaft gezogen hat, bewirkte nicht nur eine allgemeine Einschränkung des Schiffbaues durch Nichterteilung von Aufträgen, auch bereits erteilte Bauaufträge sind zurückgezogen worden. So erklärte jüngst der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, „ein glücklicher Zufall habe es gewollt, daß die Hamburg-Amerika-Linie von dem Abschluß eines Vertrages für den Bau eines großen Luxusdampfers im Hinblick auf die große Anspannung des Weltmarktes zurückgetreten sei, und ein noch glücklicherer Zufall habe es bewirkt, daß die Gesellschaft in der Lage gewesen sei, den Bau eines anderen großen Schnelldampfers rückgängig zu machen, trotzdem alle Vorbereitungen zum Beginn des Baues schon getroffen waren.“ In England ist der Schiffbau infolge der Lomage der im Bau befindlichen Schiffe, die im zweiten Vierteljahr 1906 mit über 1,4 Millionen Tonnen der höchsten jemals bekannten Stand erreicht hatte, seitdem in fast ununterbrochenem Abfluge auf 733000 Tonnen gesunken. Die Einschränkung des Bauens in Deutschland hat in einem langsameren Tempo zugenommen. Gleichfalls nach englischen Ermittlungen fanden in Deutschland im Bau:

am 31. Oktober 1907	232000	Tonnen Brutto
= 31. Dezember 1907	217000	„
= 31. März 1908	218000	„
= 30. Juni 1908	188600	„
= 30. September 1908	159900	„

Die Besetzung fand in diesen Tagen die Meldung der Kölnischen Volkszeitung, daß die Lage der Waggonfabriken viel weniger günstig sei als bisher angenommen werde. Manche Waggonfabriken entlassen nach diesem Bericht schon im April 1908 einen größeren Teil von Arbeitern und beschränken die Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden. Weitere beträchtliche Arbeitsverlängerungen finden bevor. Manche Fabriken hatten im Jahre 1907 monatlich 100 Güterwagen zu bauen, seit April 1908 jedoch nur 50, vom April 1909 an seien nur 20 bis 25 in Auftrag gegeben. Diese Darstellungen lassen sich mit den bisher günstiger lautenden Berichten über die Lage der Waggonfabriken vielleicht nur insoweit in Einklang bringen, als die früheren Schätzungen sich wohl in der Hauptsache auf die für die Eisenbahnverwaltungen arbeitenden Fabriken bezogen. Die in unserer Berichtserie veröffentlichten Geschäftsberichte von Waggonfabriken lauten nicht so pessimistisch. Die Düsseldorf-Eisenbahnbedarf-Gesellschaft, die für das Geschäftsjahr 1907/08 nach Abschreibungen von 97000 M gegen 110000 M im Vorjahr einen Rückgang von 1,2 Millionen gegen 72000 M im Vorjahr erzielte und wiederum eine Dividende von 22 Prozent zur Verteilung bringt, bemerkt, daß der Auftragsbestand, der am 1. Juli 1908: 650680 M betrug, bis zum 10. Oktober auf 677292 M gestiegen ist, während er zur gleichen Zeit des Vorjahres 675 Millionen Mark betrug. Zu berücksichtigen sei dabei, daß im Vorjahr bereits ein Teil des großen Herbstbestandes der preiswerten Einzelwagen gekauft worden sei, dessen Gangweg demnach verkürzt, aber in aller Eile zu erwarten sei. Die Göttinger Waggonfabrik Aktiengesellschaft weist nach Abschreibungen von 22000 M (im Vorjahr 157000 M) einen Rückgang von 18757 M gegen 181254 M im Vorjahr auf. Die Dividende beträgt wieder wie im Vorjahr 10 Prozent auf die Kapitalisten und 7 1/2 Prozent auf die Stammaktionäre. Über das abgelaufene Jahr bemerkt die Verwaltung: „Von Einzelwagen und Privatwagenverwaltungen des In- und Auslandes gingen Bestellungen in folgender Umfang ein, daß auch die im Vorjahr erwarteten Erwartungen nicht mehr gestiegen. Der erwartungsvoll lebhafteste Geschäftszweig wurde leider gegen Ende des Geschäftsjahres durch einen Streik der Arbeiter sehr beeinträchtigt. Insbesondere ergaben sich bei nur zehn Monaten des Betriebes eine ungewöhnlich hohe Verluste. Gegenüber dem erwarteten Auftragsbestand von 450000 M am 1. Juli 1907 lagen am 1. Juli dieses Jahres noch für 3986367 M Bestellungen vor, wovon wir uns, an der Arbeiterbewegung wirksam entgegenzusetzen, zur Abgabe einiger größerer Aufträge an andere Waggonfabriken entschlossen hatten.“ Aber diesen Schlußsatz im Bericht zu entnehmen, daß die rückläufige Bewegung sich bei der Einleitung von Aufträgen durch einen streikartigen Stillstand der Bestellungen und besonders auch in den letzten Monaten geltend gemacht hat, die vielfach sehr zu wünschen übrig lassen. Zum Schluß bemerkt die Verwaltung, daß der in diesem Geschäftsjahr mit dem Vorjahr verglichen und insgesamt weiter vermindert Auftragsbestand jedoch eine erhebliche Verbesserung aller Verhältnisse für länger Zeit geschwunden und auch für das laufende Jahr ein beträchtliches Geschäft erwarten läßt.

### Unternehmerorganisationen in der französischen Metallindustrie.

wd. Gmaues Material über die Unternehmerorganisationen zu sammeln, ist eine äußerst undankbare Aufgabe, die aus leicht begreiflichen Gründen weder von den Unternehmern noch von ihren Hauptorganen sonderlich gefördert wird. Und doch ist es nach unserer Meinung für die Gewerkschaften unerlässlich, über die Stärke der gegnerischen Organisationen, über ihre Ausbreitung und die Tendenzen, die sie verfolgen, ein möglichst genaues, umfassendes Bild zu haben. Die Kenntnis von der Stärke des Feindes, seinen Kampfsmitteln u. s. w. setzt und erst in die Lage, alle Chancen in irgend welchem Kampfe der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum einzuräumen richtig abzuschätzen, und somit die Energien, die heute noch oft genug unnütz verausgabt werden, auf Kämpfe zu konzentrieren, die positive Erfolge versprechen. In Deutschland verwenden ja die Gewerkschaften immer mehr Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Unternehmerorganisationen, über die hauptsächlich durch die sehr lesenswerten Broschüren von Dr. Müller über: „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“ sowie durch das großangelegte Werk von Dr. Kessler über: „Die deutschen Arbeitgeberverbände“ viel Licht verbreitet wurde. Auch bei uns in Frankreich wird in Gewerkschaftskreisen seit nunmehr zwei Jahren oft über die entstandenen und entstehenden Unternehmerverbände gesprochen und die Arbeiterklasse aufzurufen versucht, im Hinblick auf den festen Zusammenschluß der Unternehmer endlich auch an den Ausbau und die Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisationen zu denken.

Vor kurzem ist nun von dem französischen Metallarbeiter-Verband (Union fédérale des ouvriers métallurgistes) aus der Feder des Kollegen Merheim eine Broschüre über die Unternehmerverbände in der französischen Metallindustrie herausgegeben worden. Aus dieser und aus verschiedenen Artikeln in der französischen Gewerkschafts- und Arbeiterpresse wollen wir ein Bild über den gegenwärtigen Stand jener Unternehmerorganisationen zu geben versuchen.

Es wird vor allem für unsere deutschen Kollegen interessant sein, zu erfahren, daß Deutschland auf einem Gebiet wirklich „in der Welt voran“ geht und den anderen Nationen, und namentlich einer gewissen Klasse in diesen, die Wege zeigt, wie die Knebelung der Arbeiterklasse, die Hemmung ihrer Emanzipationsbestrebungen angebrochen werden soll. Wie die Unternehmer Österreichs, Ungarns, Schwedens u. s. w. nach dem Vorbild der deutschen Unternehmerorganisationen mit der ausgesprochenen Frontstellung gegen die aufstrebende Arbeiterklasse gebildet haben, so sind auch ihre französischen Klassengenossen bei Bued, Wend und v. Reischwig in die Schule gegangen, haben allen Haß gegen den angeblichen „Erbfeind“ vergessen, und nach den Maßstäben und Vorbildern der deutschen Unternehmerorganisationen geschaffen, mit denen sie den Forderungen der Arbeiter wirksam entgegenzutreten hoffen. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß die französischen Metallindustriellen sich erst seit heute und gestern zusammengeschlossen haben. Kartelle, Trusts und Branchenverbände der Unternehmer bestanden schon seit den siebziger Jahren und haben zur Zufriedenheit der Aktionäre und zum Schaden der Konsumenten, gleichviel ob Staat oder Privatnehmer, eine profitregelnde Tätigkeit ausgeübt. Aber was neu von Deutschland ist, das ist: 1. eine stärkere Zentralisation der bestehenden Unternehmerorganisationen; 2. Gründung von Kassen zur Versicherung gegen Streikrisiken; 3. Errichtung von Arbeitsnachweisen mit strenger Kontrolle auf „Reinheit“ betreffs gewerkschaftlicher Agitation; 4. Schwarze Listen u. s. w. Also alle die Mittel, die die deutschen Unternehmer, teilweise unter Wiegung und Umgehung der bestehenden Gesetze, schon seit langem praktizieren.

Eine gewisse Zentralisation bestand schon durch das Comité des Forges de France, der Vereinigung der französischen Großeisenindustriellen. Dieser mächtigen Organisation sind 189 einzelne Unternehmer oder Aktiengesellschaften der Grobeisenindustrie angeschlossen, die zusammen 324 Fabriken und 152 Eisenminen besitzen. Das bei der Gründung dieser Gesellschaften vorhandene Kapital betrug 601268375 Fr. Politisch ließ es seine kolossale wirtschaftliche Macht 1906 wirken, kurz vor dem 1. Mai. Die lebhafteste Propaganda für den Festlandtag durch die Mittel der direkten Aktion — auf Verkauf, Werbung und Wert dieser Bewegung wollen wir in diesem Zusammenhang nicht eingehen — hatte der französische Bourgeoisie lebhaften Schrecken eingejagt. Das Comité des Forges de France wurde deshalb in Paris mit dem Kohlenindustriellen direkt beim Präsidenten der Republik vorstellig, unter Umgehung von Premier und Ministerium. Einem Tag nach der Audienz veränderten die offiziellen Blätter, daß über Ursache und Wirkung dieser Befragung nichts veröffentlicht werden würde. Das war ja auch nicht nötig, denn jedes Wort es klar, daß die Grobeisenindustriellen ernstliche Maßnahmen verlangten und ihren Willen auch durchzusetzen wußten. Die 30000 Soldaten, die am 1. Mai 1906 und die nachfolgenden Wochen nach Paris besandt worden waren, sind der eloquenteste Beweis dafür, daß der Vertreter des „bourgeois Volk“ sich der Kapitalismarchie unterwerfen und ihre Ziele auszuführen verstand.

Doch damit heben es die Industriellen noch nicht bewenden. Gefährdung und der sie schützende Präsident waren noch nicht die rechten Garantien für die wirtschaftliche Herrschaft des Unternehmertums. In wichtiger Erkenntnis ihrer Klassenlage haben die Leiter des Comité des Forges de France ein, daß nur eine mächtige, alle Unternehmer der Metallindustrie umfassende Organisation in der Lage sein werde, genügend Macht zu konzentrieren und dadurch die Anstrengungen der nur schwach organisierten Arbeiterklasse zu neutralisieren. Sie gingen an die Gründung einer Zentralorganisation, die den Titel führt: l'Union des industries métallurgiques et minières et des industries qui s'y rattachent. Dieser Organisation sind 14 Branchenverbände angeschlossen, und zwar sind dies die Unternehmerverbände in der Automobilindustrie, für Schiffe und Eisenmaschinen, die Unternehmer für Metallkonstruktionen, für Eisen- und elektrische Anlagen, die Eisenwerke für Kriegsmaterial, die Maschinenbauer und Geber von Paris, die Vereinigung für Elektrometallurgie und Elektromotoren, für Werke, des Kohlenhandels, die Vereinigung der Grobeisenindustriellen, die Eisenwerke von Frankreich, Gasindustrie, elektrische Industrie und die Zementfabriken.

Alle diese bestehenden Unternehmerverbände in der Metallindustrie, von den Kartellen und Trusts über „Comptoirs“, wie man diese wirtschaftlichen Vereinigungen in Frankreich nennt, denen wir hier in diesem Zusammenhang natürlich nicht sprechen. Es sei nur gesagt, daß diese schon seit 1876, dem Gründungsjahr des Comptoir von Douvres, ihre Tätigkeit ausüben. Darin „Eisenbahnwesen“ u. s. w. arbeiten sich in gewissem Maße die Unternehmer in die Hände. Im Schiffsbau, beim Eisenbau und Lokomotivbau, bei Anstrengung von irgend welchen Eisenmaschinen u. s. w. kann man nach den Beschreibungen von Neubauten immer wieder dieselbe Tendenz beobachten. Die in Betracht kommenden Unternehmer bezeichnen sich alle an der Preisbewegung, jedoch ist schon von vornherein ein Wert bestimmt worden, das infolge seiner geographischen Lage sich für diese oder jene Bestimmung besser eignet, oder dessen Arbeit einer Sonderbewertung bedürftig. In aller Ruhe setzt dieses Wert Paris und Siegerterminen fest und die anderen Werke richten sich dann entsprechend ein. Das geschätzte Werk erhält dadurch die Bestellung. Der Abnehmer ist somit vollständig der willkürlichen

Handlung ausgeliefert. Die Eisenbahnbestellungen lassen sich auf diesem Grunde einem großen Teil ihrer Lokomotiven im Ausland beschaffen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wurde darüber in Kenntnis der „nationalen Industrie“ interpelliert, und seine Antwort ist so charakteristisch, daß sie verdient, wiedergegeben zu werden. Er sagte unter anderem: „Wenn die französische Industrie die Gewähr hätte, die einzige zu sein, an die sich die Bestellungen richten können, so würde sie ein Monopol ausüben, dessen Wirkung nicht nur die Eisenbahnbestellungen empfinden würden, sondern das in der Folge auch das Staatsbudget erheblich trübe.“ In Deutschland wird das nicht viel anders sein, denn das Schlußabkommen der Firmen der Metallindustrie (siehe Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung) ist ja ein Beweis dafür.

Doch genug davon. Wir wollen hier ja nur die Aktion des neuen Zentralverbandes der Metallindustriellen besprechen. Seine erste Tätigkeit nach der Konstitution war die Propagierung von Versicherungen gegen Streikrisiken. Es entstanden kurz hintereinander die folgenden Versicherungen gegen Streikrisiken:

1. La construction mécanique et électrique (gegründet 27. April 1907) versichert 518280 Fr.
2. Le matériel des Chomins de fer (gegründet 8. Mai 1907) versichert 2087500 Fr.
3. La Forge (gegründet 15. Mai 1907) versichert 7482979 Fr.
4. La Construction métallique (gegründet 24. Mai 1907) versichert 1498500 Fr.
5. La Ponderie (gegründet 28. Mai 1907) versichert 1285010 Fr.
6. La Métallurgie ardennoise (gegründet 5. November 1907) versichert 879140 Fr.

Die Unternehmer, die diesen verschiedenen Gesellschaften angeschlossen sind — wohlverstanden, diese Gesellschaften existieren innerhalb der betreffenden Branchenverbände — sind noch rückversichert bei einer Zentralkasse. Am 8. Juli 1907 gründeten die ersten fünf genannten Gesellschaften die „Caisse centrale métallurgique“ mit dem Zwecke, in außergewöhnlichen Fällen, in denen die Mittel der Branchenverbände nicht reichen, genügendes Geld für Kampfszwecke zu haben. Die versicherten Summen betragen 18802079 Fr. An vorläufigen Mitteln sind vorhanden 564082,85 Fr. und dazu kommen 115852,25 Fr. Reserven. Diese Zahlen sind der Bilanz dieser Kasse vom 1. Januar 1908 entnommen. Seit dieser Zeit ist nach Angaben der Unternehmer die versicherte Summe auf 20000000 Fr. angewachsen, und die Mittel, über die die Zentralkasse verfügt, erreichen pro Jahr die Summe von 600000 Fr.; die Reserven noch gar nicht eingerechnet.

Die Basis der Versicherung ist hier in Frankreich eine andere als in Deutschland. In Deutschland wird allgemein die Lohnsumme als Basis der Versicherungssumme angegeben. Hier wird nicht der Lohn, sondern es werden die Generalunkosten versichert. Und zwar alle die Verpflichtungen, denen der Unternehmer auch während des Streiks nachkommen muß, als da sind: Miete für Fabrik u. s. w., Gehalt für Direktoren und Beamte, Steuern, Versicherungen, Ausgaben für die Kontrakte über Wasser, Gas, Elektrizität u. s. w. Alle diese einzelnen Punkte sind durch die Statuten fest begrenzt. Die Lage der Beiträge ist allgemein höher als in Deutschland. Sie beträgt drei Prozent der versicherten Generalunkosten. Die Unternehmer rechnen, daß dadurch von jeder einzelnen Firma in etwa 33 Jahren soviel einbezahlt ist, um die Generalunkosten der betreffenden Firma für die Dauer eines Jahres im Streikfalle zu decken. Ein Streik von einem halben Jahre könnte alle 16 Jahre, ein solcher von drei Monaten alle acht Jahre und von sechs Wochen alle vier Jahre ausgehalten werden, falls jeder Unternehmer sich allein halten müßte. Da ja nun kaum alle Fabriken zu gleicher Zeit streiken, so sind die Chancen der versicherten Unternehmer natürlich noch bedeutend günstiger.

Dadurch erwächst aber für die Arbeiterklasse die dringende Verpflichtung, die Reihen auch enger zu schließen, immer mehr Indifferente und noch Arbeitsstehende den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen, um durch die organisierten, zum Klassenbewußtsein erzogenen Massen eine unüberstehliche Macht dem mächtig organisierten Unternehmertum gegenüberzustellen.

Die Arbeitsnachweise der Unternehmer sind allerdings erst in der Entwicklung begriffen, und das hat seinen Grund wohl mit darin, daß sowohl von Gewerkschaften als auch von Kommunen die Arbeitsvermittlung, wie so vieles andere, sehr schlecht organisiert ist. Die Bestände des Unternehmertums sind leider wohl auch hier Wandlungsfähig. Das Schwarze-Listenwesen wird bereits in ziemlichem Umfang betrieben, und zwar ist es bis jetzt am weitesten entwickelt in der Automobilindustrie. Mit peinlichster Genauigkeit muß der Arbeiter bei seiner Einstellung einen Schein ausfüllen, aus dem der Unternehmer dann genau erfährt, wo und wie lange der Betreffende beschäftigt war. Falls das schwarze Kabinett irgend welche Bedenken hat, flieht der Arbeiter erbarungslos auf die Straße. Die Gesetzgebung erlaubt derartigen Boykott zwar nicht, jedoch hat der Arbeiter nur geringe Mittel, sich dagegen zu wehren. Die Unternehmer wissen ihre Listenwesen der Öffentlichkeit geschickt zu verbergen und leider hat die Arbeiterklasse noch keine entwickelte Tagespresse, die der öffentlichen Meinung reinen Wein über diese Praktiken eingießt.

Aus der neuesten Entwicklung der französischen Unternehmerverbände geht hervor, daß selbst in einem Lande, in dem die Industrie noch nicht auf der Entwicklungsstufe der amerikanischen, englischen oder deutschen steht, das Unternehmertum in geschickter Weise versteht, seine Interessen wahrzunehmen und Institutionen zu schaffen, die für die Arbeiterklasse wirklich ernste Gefahren bilden können. Unsere französischen Kollegen bieten gegenwärtig alles auf, die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken. Leider hemmt die ungeliebte Zersplitterung und der Kampf von zwei Tendenzen die so notwendige Arbeit. Wir können nur wünschen, daß bald eine Verfindigung möglich werde, denn die Stagnation, ja der teilweise vorfindende Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften der Metallarbeiter aller Berufe beweisen zur Genüge, daß etwas faul sein muß an den gegenwärtigen Verhältnissen.

### Organisation und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Australien.

Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Australiens ging nach dem großen und für die Arbeiter ungünstig verlaufenen Streik, die 1890 und 1891 geführt wurden, bedeutend zurück. Erst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wurde dem Wiederaufbau der Organisationen, die ein Jahrzehnt darniederlagen, eine bemerkenswerte Aufmerksamkeit zugewendet. Die Entwicklung ging aber in den meisten Staaten des australischen Bundes, wie in New Zealand, verhältnismäßig langsam vor sich. Nur in New South Wales hat sich von 1901 bis 1906 die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder verdreifacht, und zwar stieg sie von 28 203 1901 auf 85 064 1906. (Die Zahlen für 1907 sind noch nicht veröffentlicht.) In Westaustralien hatten die Gewerkschaften 1901: 8920, 1906: 16 015 Mitglieder. In Victoria ergab sich in derselben Zeit eine Zunahme von etwa 15 000 auf 35 100 Mitglieder. In Queensland hatten die in Gewerkschaft mit dem Gewerkschaftsgefes eingetragenen Organisationen Ende 1906: 8332 Mitglieder; nach einer privaten Mitteilung sollen alle in dem Staate bestehenden Gewerkschaften rund 15 000 Mitglieder zählen. In Südastralien hatten am 31. Dezember 1906 23 von 25 existierenden Gewerkschaften 5109 Mitglieder. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Staate Tasmanien kann nicht an-

geben werden, so ist aber auf jeden Fall sehr gering, da dort nur ein kleiner Prozentsatz besteht. In Australien dagegen sind die australischen Gewerkschaften sehr stark, waren Ende 1900: 24 975 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Inzwischen sind die Gewerkschaften am Ende des Jahres 1906 etwa 300 000 Mitglieder an. (Australien, einschließlich Neuseelands, hat 54 Millionen Einwohner.) Am besten organisiert sind die Bergarbeiter, Transportarbeiter, die Schiffbau- und andere Kategorien unorganisierte Arbeiter, während die Organisationen der gelehrten Arbeiter recht viel zu wünschen übrig läßt. Im Vergleich mit Europa ist das Verhältnis also geradezu umgekehrt.

Die Organisationen der Metallarbeiter werden im folgenden angeführt, wobei — mit Ausnahme Tasmaniens — die amtlichen Verzeichnisse der Gewerkschaftsregister zugrunde gelegt sind. In Neuseeland sind: Die Gewerkschaft der Zinn-, Schmelz-, Blecharbeiter etc. mit 125 Mitgliedern; der australische Verband der Maschinenbauer mit 284 Mitgliedern; die Arbeiter der Zinn- im Distrikt Neuseelands hatten 180 Mitglieder; die Schmelz- und Eisenbauerverband im Distrikt Neuseelands 985 Mitglieder; der Verein der Kesselschmiede und Eisenblechbauer 625 Mitglieder; die Gewerkschaft der Zinn- 88 Mitglieder; die Drahtzieher 78 Mitglieder; die Eisenblechbauer von Ostland 98 Mitglieder; die Gewerkschaft der Elektricitätsarbeiter 129 Mitglieder; die Eisenarbeiter von Neuseelands 888 Mitglieder; die Gewerkschaft der Fahrrad- und Automobilarbeiter 96 Mitglieder; zusammen 3577 Mitglieder. In Ozeanien sind: Die Ozeanien der britischen Maschinenbauerverband 169 Mitglieder, die Kesselschmiede und Eisenblechbauer 115 Mitglieder, die Förderer der Zinn- 92 Mitglieder; zusammen 376 Mitglieder. — In Staaten Süd- und Ostaustralien zählte der britische Maschinenbauerverband 185, der australische Maschinenbauerverband 96 Mitglieder; die Förderer der Zinn- hatten 68 und die Eisenarbeiter 107 Mitglieder; zusammen 447 Mitglieder. — In Victoria ist nur die Mitgliederzahl der Ortsgruppen des britischen Maschinenbauerverbandes bekannt, die Ende 1906: 640 betrug; außerdem existieren einige Metallarbeiterorganisationen, die nicht in das Gewerkschaftsregister eingetragen sind und deren Mitgliederzahl nicht angegeben werden kann. — Im Staat Westaustralien zählten die Kesselschmiede und Eisenblechbauer 177 Mitglieder, die Elektricitätsarbeiter 34, die britischen Maschinenbauer 965, die Zinn- 154, die Installateure 56 Mitglieder; zusammen 1886 Mitglieder. — Die drei auf Tasmanien existierenden Ortsgruppen des britischen Maschinenbauerverbandes hatten 1907: 58 Mitglieder. — Auf Neuseeland gehörten vier Ortsgruppen des britischen Maschinenbauerverbandes 415 Mitglieder an, vier Gewerkschaften hatten 322 Mitglieder, ebenbürtige Vereine der Installateure 115 Mitglieder, die Kesselschmiede zählten 125, die Blecharbeiter und Zinn- 84, die Eisenarbeiter 106, die Schmelz- 37, die Fahrradarbeiter 20, die Messingarbeiter 19 Mitglieder; zusammen 1288 Mitglieder. — In allen sechs Staaten des australischen Bundes und in Neuseeland sind somit 7722 Metallarbeiter organisiert. Dabei ist auf die den allgemeinen Gewerkschaften und den Organisationen der Maschinen- angehörigen Metallarbeiter nicht Bedacht genommen. Die angeführten Zahlen zeigen eine enge Beschäftigung der gewerkschaftlichen Kräfte an; Verbände, die ihren Wirkungsberichts auf mehr als einen Staat erstrecken, bilden nur die Organisationen der Maschinenbauer, Schiffbauer, Zinn- und ungelerneten Eisenarbeiter.

Die Arbeitsbedingungen werden in den Bundesstaaten Neuseelands und Westaustralien sowie in Neuseeland durch obligatorische gewerbliche Schiedsgerichte, in Victoria durch Lohnämter geregelt. Außerdem besteht ein obligatorisches Bundeschiedsgericht für solche Arbeitsverhältnisse, die über das Gebiet eines Staates hinausgehen. Die einzelnen Schiedsgerichte bestehen aus einem Richter und einem Arbeiter- und Unternehmervertreter, die Lohnämter sind aus je drei Arbeiter und Unternehmervertretern zusammengesetzt, die eine siebente Person als Vorsitzenden wählen. Das Bundeschiedsgericht besteht aus einem Richter des Obersten Bundesgerichts; auf Verlangen einer Streitpartei wird je ein Arbeiter- und Unternehmervertreter fallweise ernannt. Um Änderungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen, darf weder zum Streik noch zur Aussperrung geschritten werden; Organisationen und Personen, die das dennoch tun, werden bestraft. Tarifverträge, die ohne Anwendung der Zwangsschiedsgerichte geschlossen wurden, haben dieselbe Rechtsgültigkeit wie die Entscheidungen der Gerichte, vorausgesetzt, daß sie der zuständigen Behörde vorgelegt werden.

Die Arbeitszeit ist in Australien viel gleichartiger als in einem anderen Lande von so großer räumlicher Ausdehnung. Sie beträgt allgemein 47 bis 48 Stunden in der Woche; nur die Hand- und Transportarbeiter haben gewöhnlich 53 bis 54 Stunden in der Woche zu arbeiten. Die Unterfälle in der Entlohnung sind wohl bedeutender, aber auch nicht so groß wie in den Staaten Europas.

Um die Verhältnisse möglichst klar zu veranschaulichen sollen hier Auszüge aus einigen australischen Metallarbeiter-tarifen Platz finden. Nach einer gewerblichen Streitkammer zwischen dem Eisenarbeiterverband von Neuseelands und dem Unternehmerverband der Eisenindustrie wurden die Arbeitsbedingungen vom Zwangsschiedsgericht in Neuseelands durch einen Tarif geregelt, der in der Hauptsache lautet: Die Arbeitswoche der verschiedenen Kategorien der ungelerneten Eisenarbeiter — aus denen der Verband besteht — dauert 48 Stunden, wovon nicht mehr als 8 1/2 Stunden an jedem Tage von Montag bis Freitag und 4 1/2 Stunden am Samstag gearbeitet werden dürfen. Von Montag bis Samstag muß die Arbeitszeit in den Stunden von 6 Uhr früh bis halb 6 Uhr nachmittags liegen, am Sonntag zwischen 6 Uhr früh und Mittag. Der Minimallohn ist 7 Schilling im Tage oder 10 1/2 Pence in der Stunde. Ueberzeit wird mit mindestens 50 Prozent Zuschlag entschädigt. Den Arbeitern der Nachmittags ist ein 25 prozentiger Zuschlag für die ersten acht Stunden im Tage und ein 50 prozentiger Zuschlag für die weiteren Arbeitsstunden zu zahlen. Für Feiertagsarbeit beträgt der Lohnzuschlag teils 50 Prozent, teils 100 Prozent. Bei Reparaturarbeiten außerhalb der Werkstätten erhöht sich der Minimallohn um 1 Penny in der Stunde. Arbeiter, die infolge ihrer Jugend, ihres hohen Alters, oder eines Schwerechens den Minimallohn nicht zu verdienen imstande sind, können einen geringeren Lohn annehmen, doch müssen sie die Gewerkschaft davon verständigen; der Gewerkschaftsrat hat es in solchen Fällen frei, bei dem Registrar der Berufsvereine Einspruch zu erheben und die Entscheidung dieses Beamten ist endgültig. Streitigkeiten, die sich ergeben, sollen zuerst einem Arbeiter- und einem Unternehmervertreter zur Schlichtung übergeben werden; können sich diese nicht einigen so wird der Streitfall dem Registrar der Berufsvereine gemeldet, der eine Entscheidung des gewerblichen Zwangsschiedsgerichtes veranlassen kann. Verletzungen des Tarif werden bestraft und zwar beträgt die Strafe bis 20 Pfund Sterling, wenn die Arbeiter- oder die Unternehmerorganisation den Tarif bricht und bis zu 5 Pfund Sterling, wenn ein einzelner Arbeiter oder Unternehmer den Tarif bricht.

Ein Tarif der Elektricitätsarbeiter der Staatseisenbahnverwaltung von Neuseelands bestimmt, daß der Mindestlohn der einzelnen Kategorien erwachsener Arbeiter 8 und 10 Schilling betrage. Der Lohn der Lehrlinge steigt von 5 Schilling und 7 1/2 Schilling in der Woche im ersten, auf 35 Schilling im letzten Lehrjahr. Ungelernte Jugendliche erhalten 6 bis 7 Schilling im Tage, vom vierten Jahre ihrer praktischen Berufstätigkeit an 8 Schilling im Tage. Die Arbeitswoche dauert 48 Stunden und ist so einzuunterteilen, daß die Arbeiter einmal in der Woche ein und ganzen und einmal einen halben Tag frei haben. Die ersten zwei Stunden Ueberzeitarbeit werden mit 25 Prozent, weitere Ueberzeitarbeit wird mit 50 Prozent Zuschlag entschädigt. Son- und Feiertagsarbeit ist mit dem anderthalbfachen Lohne zu bezahlen, aber nur dann, wenn der Son- oder Feiertag nicht zur regelmäßigen Arbeitswoche des betreffenden Arbeiters gehört, der dafür einen anderen Tag frei hat. Auf zwei gelehrte Arbeiter darf höchstens ein Ueberzeitlohn nicht verdienen können, ist eine ähnliche

Bestimmung vorhanden, wie in dem jetzt angeführten Tarif. Die Gewerkschaften sind imstande, ihren Lohn zu erhöhen, wenn die Gewerkschaft der Elektricitätsarbeiter oder die Eisenindustrie einen Lohnzuschlag von 200 Pfund Sterling, wenn ein einzelner Arbeiter den Lohnzuschlag bezieht, bis 5 Pfund Sterling.

Ein Tarif für die Maschinenbauer im nördlichen Neuseeland bestimmt verschiedene Mindestlöhne für Maschinenbauer, Arbeiter und Schmelz- und Eisenblechbauern von 1 Schilling 6 Pence bis 1 Schilling 8 1/2 Pence, wobei der Lohn für die Arbeiter 1 Schilling 6 Pence bis 1 Schilling 8 1/2 Pence, die Arbeiter 1 Schilling 6 Pence bis 1 Schilling 8 1/2 Pence. Für Ueberzeit erhalten die in Bergwerken beschäftigten Arbeiter, Schmelz- und Eisenblechbauern, die in anderen Betrieben tätigen erhalten 25 Prozent Zuschlag; für Arbeit an Son- und drei gesetzlichen Feiertagen erhalten sie den doppelten Lohn. Die Entscheidung des Zwangsschiedsgerichtes, durch die dieser Tarif aufgestellt wurde, erregte bei den Arbeitern große Unzufriedenheit, weil damit die Löhne verschlechtert wurden.

Die von der westaustralischen Eisenbahnverwaltung beschäftigten Schmelz- und Kesselschmiede erhalten in den nördlichen 11 Schilling, die Arbeiter 13 Schilling, im Goldfeldbezirk (dem nördlichen Industriebezirk) um je 1 Schilling mehr für den achtstündigen Arbeitstag. Die Messingarbeiter bekommen in den nördlichen 11 Schilling, im Goldfeldbezirk 12 Schilling im Tage, die Kupferschmelz- an der Küste 11 bis 13 Schilling, im Goldfeldbezirk 12 bis 14 Schilling, die Maschinenmonteure erhalten denselben Lohn. Der Mindestlohn der Installateure stellt sich an der Küste auf 10 Schilling, im Goldfeldbezirk auf 11 1/2 Schilling. (Alle diese Angaben betreffen die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung.) Die in privaten Betrieben beschäftigten gelehrten Metallarbeiter bekommen (soweit ihre Löhne tariflich festgesetzt sind) zu meist einen Mindestlohn von 11 Schilling für den 8 1/2 stündigen Arbeitstag. In Westaustralien sind die Kosten der Lebenshaltung höher als in den anderen australischen Staaten.

In Victoria bestehen Lohnämter der Metallarbeiter, Messingarbeiter, Graveure, Futtermaler, Kupferblech-, Eisenblech-, Ovenschlosser und Zinn- und Eisenblech. Die Arbeitszeit ist 48 Stunden in der Woche, nur die in der Metallblechindustrie beschäftigten Arbeiterinnen haben die 45-Stundenwoche. Die Mindestlöhne sind in den Tarifen für jede Arbeiterkategorie festgesetzt; in manchen Industrien bildet die Aufzählung der Minimallöhne eine recht lange Liste, so daß es unmöglich ist, sie hier vollständig anzugeben. Die erwachsenen Arbeiter erhalten je nach Wochenlöhne unter 36 Schilling; bis zu 40 Schilling bekommen gewöhnlich die ungelerneten Arbeiter, während hochqualifizierte Arbeiter über 50 Schilling in der Woche erhalten. Die Löhne der großen Masse der Arbeiter betragen 40 bis 50 Schilling.

In der Kolonie Neuseeland existieren zahlreiche Metallarbeiter-tarife, die teils vom Zwangsschiedsgericht aufgestellt, teils von Arbeitern und Unternehmern vereinbart wurden. Der jüngste der vorliegenden Tarife gilt für die Maschinenbauer im Industriebezirk Diago-Südband. Er bestimmt, daß die Arbeitswoche 47 Stunden währt, wovon auf Montag bis Freitag je 8 1/2 Stunden, auf Samstag 4 1/2 Stunden entfallen. Die ersten zwei Ueberstunden an jedem Tage sind mit 25 Prozent, weitere Ueberstunden mit 50 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Den Unternehmern steht es frei, mit ihren Arbeitern zu vereinbaren, daß sie ihnen bei Ueberzeitarbeit Befreiung gewähren; in solchen Fällen können alle Ueberstunden mit 25 Prozent Lohnzuschlag entschädigt werden. Feiertagsarbeit ist doppelt zu bezahlen. Bei Nachmittags beschäftigten Arbeiter erhalten eine Ertragsvergütung von 2 Schilling pro Schicht. Ueberzeitarbeit bei Nachmittags wird mit dem gleichen prozentualen Zuschlag entschädigt wie Ueberzeit bei Tagarbeit. Der Mindestlohn für fähige Maschinenbauer beträgt 1 Schilling 4 1/2 Pence in der Stunde. Bei Reparaturarbeiten außerhalb der Werkstätte des Unternehmers erhöht sich der Lohn um 1 Schilling im Tage. Der Wochenlohn der Lehrlinge steigt von 5 Schilling im ersten auf 36 Schilling im sechsten Lehrjahr. Bei Arbeiten außerhalb des Betriebes hat der Unternehmer die Fahrt zu bezahlen, die Fahrzeit in die Arbeitszeit einzurechnen und eine Vergütung für die Fahrt zu gewähren. Die Arbeiter, die sich unfähig erachten, den Mindestlohn zu verdienen, dürfen einen geringeren Lohn annehmen, doch müssen sie die Gewerkschaft davon verständigen; solche geringere Löhne werden von den Vorständen des Einigungsamtes für den Industriebezirk oder von einer anderen Person festgesetzt, die das Zwangsschiedsgericht zu dem Zwecke bezieht. Die Bewilligung zur Annahme eines geringeren als des tariflichen Mindestlohnes wird nur auf sechs Monate erteilt, sie kann aber unter gewissen Bedingungen wieder erneuert werden. Organisierte und Nichtorganisierte müssen in Frieden miteinander arbeiten. Ueber in dem Tarif festgesetzte Gegenstände und über Streitfragen, die sich ergeben, sollen sich die Unternehmer und die Gewerkschaft einigen; können sie das nicht, so entscheidet der Vorsitzende des Einigungsamtes, und wenn eine der Parteien mit seiner Entscheidung unzufrieden ist, so entscheidet das Zwangsschiedsgericht die Sache endgültig.

Auf Neuseeland herrschen in allen Distrikten und in allen Industrien fast die gleichen Arbeitsbedingungen. Das Zwangsschiedsgericht besteht schon nahezu anderthalb Jahrzehnte und es war von jeher bestrebt, eine möglichst Gleichartigkeit in den Löhnen und der Arbeitsdauer einzuführen. In gut organisierten Betrieben ist es den Arbeitern gelungen, als besonderen Vorteil die Bestimmung durchzusetzen, daß die Unternehmer bei Neuaufnahmen die Gewerkschaftsmitglieder den Nichtorganisierten vorziehen müssen.

## Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle, Syndikate und Trusts.

Vortrag von Otto Hue, gehalten in der Sitzung des Ökonomischen Gewerkschaftsartikels am 15. Oktober 1908.

Die Leitung des Gewerkschaftsartikels war schon vor einiger Zeit an mich herantreten mit dem Wunsch, einen Vortrag vor Ihnen zu halten. Ich habe dieses Thema gewählt, um mich zu einer Anzahl Streitfragen zu äußern, die in der letzten Zeit aufgetaucht sind. Es ist möglich, daß ich im Verlauf meines Vortrages manches sagen werde, was dem einen oder anderen nicht angenehm sein wird. Wenn einer einmal eine andere Meinung bestritt, dann muß man vorsatzhaft, daß er das Beste will. Wenn dieser Grundbesitz beachtet wird, dann werden auch die unruhigen persönlichen Angriffe vermindert. Wir Sozialdemokraten in Deutschland ein Land der Freiheit und Gerechtigkeit zu machen. Ich habe die feste Überzeugung, daß das, was ich sage, später von vielen als richtig anerkannt wird, die heute anderer Meinung sind. Sie werden auf demselben Standpunkt stehen, wie ich heute. Dieses von dem, was ich vor zehn Jahren schon gesagt habe, wird heute allgemein als richtig anerkannt.

Die Kartelle, allgemein gesprochen, haben den Zweck, die möglichst günstige Verwertung ihrer Produkte zu ermöglichen. Es herrscht vielfach ein Streit darüber, was ein Kartell ist. Man versteht darunter Verkaufsvereine, Kartelle, Syndikate und Trusts, obwohl diese untereinander verschieden sind. Ich werde im Verlauf meiner Ausführungen noch darauf zurückkommen. Ich werde zunächst den Ausdruck Kartell beibehalten. So allgemein wie man von Kartellen spricht, so umfangreich sind sie im allgemeinen. In den letzten Jahren ist die Zahl der Kartelle sehr groß geworden. Man schätzt sie heute auf 500 bis 700. Welche Bedeutung die Kartelle erlangt haben, kann man daran erkennen, daß man ein besonderes Organ für die Interessenvertretung derselben, die Kartellverbände, geschaffen hat. Ich mache auf dieses Organ besonders aufmerksam. Es registriert alles, was sich auf

dem Kartellgebiet vollzieht. Es ist mir selbstverständlich nicht möglich, Ihnen heute alles anzudeuten, was auf diesem Gebiet vorliegt. Ich will Ihnen in großen Zügen die Entwicklung der Kartelle darlegen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, es seien die Kartelle moderne Einrichtungen. Man findet in der Geschichte, daß schon sehr früh ähnliche Gebilde existiert haben. So gab es zum Beispiel im Jahre 1307 in Nürnberg schon ein Kartell der Hammerwerkbesitzer. Das Nürnberger Kartell ist deshalb für uns interessant, weil es gerade so wie heute, die möglichst günstige Verwertung der Produkte zum Zwecke hatte. Es mußte vorgekommen, an wen man die Produkte verkaufen durfte. Am wichtigsten erschienen mir beim Studium der Geschichte, daß man die Art der technischen Einrichtungen vorschrieb. Man schrieb die Art und Weise der Produktion vor. Auch die Höhe des Lohnes, welcher für ein bestimmtes Produkt bezahlt werden konnte, war vorgeschrieben. Im Mittelalter bestanden eine ganze Reihe von Vereinen, welche bezweckten, die Waren, wie: Pfeffer, Zinn u. s. w., im Preise hoch zu halten. Sie hatten sehr viel Ähnlichkeit mit den Kartellen von heute. Gerade wie heute die Kartelle, waren sie bestrebt, die Warenpreise in wucherischer Weise hoch zu halten. Wer die Löhne des alten Deutschen Reichstags — nicht des heutigen — durchsucht, wird finden, daß eine Anzahl von Bestimmungen existiert haben, die sich gegen die damaligen Lebensmittelpreiser richteten. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts gab es in England ein Kohlenkartell. Wenn man die Geschichte dieses Kartells durchliest, findet man sehr viel Ähnlichkeit mit unserem heutigen Kohlenkartell. Auch bei diesem findet man ein Schlichtungsorgan, ähnlich wie bei dem Kohlenkartell am Rhein von heute.

Die Hochzeit der Kartelle ist aus den Jahren 1904 und 1905 zu konstatieren. Die Wirkung der Kartelle ist eine sehr mannigfaltige. Sie sind aber nicht geschaffen, um das Volkswohl zu fördern, sondern sie dienen lediglich der Kapitalistischen Weltwirtschaft. Interessant ist es, zu beobachten, daß die Kartelle im allgemeinen hoch stehen während der Zeit der Krisen. Wir sehen also, daß sie für die Kapitalisten Kinder der Not, daß sie Zwangsgelüste sind. Was sich dabei vollzieht, ist nicht entkernen dem Gehirne eines Stinnes oder eines anderen Großindustriellen. Sie sind nur die Geschehenen. Um Ihnen einen Einblick in die Kartelle zu geben, Ihnen zu zeigen, wie sie innerlich beschaffen sind, will ich einiges aus der Geschichte derselben mitteilen. Wir haben heute schon Syndikate in Deutschland, die eigentlich den Namen Trusts verdienen, die nicht bloß Kaufmännisch, sondern auch technisch eine Leitung haben. An zwei Beispielen möchte ich Ihnen zeigen, wie sich ein solches Gebilde entwickelt hat. Unter den Beiden bilden sich zuerst sogenannte Förderkonventionen. Es waren Vereinbarungen über die Höhe der Förderung. Es bestand noch kein besonderes Verkaufskontor. Man hatte sich über die Mindestpreise verständigt. Im Jahre 1888 kamen eine Anzahl Jeden zu einer neuen Organisation. Sie errichteten eine eigene Verkaufszentrale. Im Jahre 1890 entstand das erste Kohlenkartell. Es war die Bildung einer feste geworden. Es wurde jetzt festgelegt, wie stark die Beteiligung der einzelnen Werke an der Gesamtproduktion sein sollte. Im Jahre 1893 wurde das Kohlenkartell gegründet. Es hatte den Zweck, den Kohlen- und Bricketverkauf für die ihm angehörenden Zechen zu übernehmen. Die Zechen mußten an dieses ihre Kohlen und Bricket verkaufen. Der Zweck hat sich seit der Gründung noch sehr erweitert. Im heutigen Statut des Syndikats heißt es: „Der Zweck ist: Kohlen-, Holz- und Bricketverkauf, Verwertung von Kohlen, Verkauf von Grundstücken u. s. w.“ Aus den Förderkonventionen der siebziger Jahre hat sich allmählich das Kohlenkartell entwickelt, das heute in Rheinland-Westfalen über die gesamte Produktion verfügt. Es hat Bricketwerke errichtet und angekauft. Das Kohlenkartell in Mühlheim ist nichts anderes als eine Filiale des Syndikats. Dieses Syndikat übt einen so verhängnisvollen Einfluß auf unser gesamtes Wirtschaftswesen aus wie kein anderes. Eine ähnliche Entwicklung hat das Kupferkartell durchgemacht. (Redner schildert die Entstehung und Entwicklung dieses Syndikats.)

Zwischen sogenannten Syndikaten und Trusts besteht nur ein Unterschied in dem Grade nach. Das Statut gibt dem Syndikatsvorstand die Befugnis, durch besondere Agenten eine Kontrolle der Werke vornehmen zu lassen. Der Verkauf von Werkanteilen ist nur mit Genehmigung des Syndikats gestattet. Wenn ein Syndikatsvorstand sich so in die innere Einrichtung der Werke einmischt, dann ist einfach die Phrase von dem „Herrn im Hause“ eben nur eine Phrase. Nominell nur trägt der Aktienbesitzer den Serrantitel. So hat sich also die Entwicklung von losen Verkaufsvereinen zu Trusts vollzogen. Ueber die Entwicklung der amerikanischen Kartelle und Trusts gibt es ein sehr empfehlenswertes Buch von Gutmann, das bei Babelzer zu haben ist. Es ist den Gewerkschaftlern, insbesondere den Kollegen vom Deutschen Metallarbeiterverband, zu empfehlen. Innerhalb unserer Syndikate haben sich Filialen vollzogen, die wir unter der Bezeichnung „Werkbesitzergemeinschaften“ kennen, sie sind aber nichts anderes wie Trusts. Eine solche Verschmelzung haben wir bei „Böhmi“ und „Nordstern“ vor uns. Eine andere Art von Syndikaten besteht darin, daß sie eine Vereinigung von Vereinen darstellen. Als Beispiel nenne ich das Ziegelsyndikat. Es besteht aus einer Reihe von Verkaufsvereinen, sogenannten Untervereinen. Jeder Unterverein bekommt sein Verkaufsterrain angewiesen, und die Preise und die Beteiligungsziffer vorgezeichnet.

Das Wesen der Kartelle und Syndikate ist so mannigfaltig, daß man sich nicht auf Oberflächlichkeiten einlassen darf, weil das zu Mißverständnissen führen kann. Von Geheimrat Böcker erfahren wir aus seiner Darstellung der Kartelle, daß es 44 Kartellkonventionen gibt. Des weiteren erfahren wir von ihm, daß es Werke gibt, die 13 bis 18 Kartellen angehören. Welch große Bedeutung das für die gewerkschaftliche Praxis hat, insbesondere, wenn es zu Kämpfen kommt, kann man sich leicht ausdenken. Wie bereits gesagt, sind die Einrichtungen der Kartelle sehr mannigfaltig, so daß man sich halten muß, sie alle über einen Kasten zu schlagen. Wir haben Kartelle, die lediglich Preisvereinbarungen sind. Als Beispiel nenne ich die Gummi-Konvention. Die vier angehörenden Händler müssen alle ihre Waren von der Gummi-Konvention in Berlin beziehen. Sie müssen jeden Geschäftsbrief dem Vertrauensmann der Konvention vorlegen. Die vereinigten Stein- und Zementwerke haben keine zentrale Verkaufsstelle. Sie haben nur Preisvereinbarungen. Sie sind aber unter Umständen gezwungen, ihre Waren unter dem Preise der Konkurrenz zu verkaufen, um die Augenwächter zu ruinieren. Mit solchen terroristischen Mitteln werden die Außenstehenden gezwungen, sich der Organisation anzuschließen. Die Auswüchse in den Syndikaten haben dahin geführt, daß von vielen Seiten gesetzgeberische Maßnahmen verlangt werden. Zu diesem Zwecke hat bekanntlich die Regierung eine Enquete angeordnet. Durch diese Enquete haben wir erfahren, daß die einzelnen Betriebe ihre technische Selbstständigkeit verloren haben. Dieses ist auch bei den losen Preis-Konventionen sogar der Fall. Wer sich der Organisation anschließt, muß 20 bis 30 Wechsel unterschreiben. Durch diese Wechsel ist der Vorstand jederzeit in der Lage, ein Mitglied, welches sich gegen das Statut oder die Vereinbarungen vergangen hat, mit einer Strafe bis zu 3000 M. zu belegen. Hat sich ein Mitglied vergangen, so wird einer seiner Wechsel in Umlauf gesetzt, der dann selbstverständlich eingelöst werden muß. Wenn ein Mitglied erfährt, daß ein anderes Mitglied die Konvention hintergeht, so ist es bei Strafe verpflichtet, den anderen zu denunzieren. Wenn ein Händler sich nicht fügt, dann wird die Sperre über ihn verhängt, oder man kauft ihm die Waren 20 bis 30 Prozent über dem normalen Preise. Zu bewerten ist, daß der Vorstand aus eigener Machtvollkommenheit die Sperre verhängt. Das möchte ich denen ans Herz legen, die so gern über die Diktatur der Gewerkschaftsvorstände klagen. Die Gefahr dürfen keine Musterkataloge herausgeben und keine Zeitungsanzeigen aufgeben. Im Jahre 1900, bei der absteigenden Konjunktur, hat das Kohlenkartell die Abnehmer gezwungen, das Kohlen zu den höchsten Preisen abzunehmen. Die Klagen in den bürgerlichen Kreisen über den Stahlwerksverband und die Diktatur



sch hier bei der Verhaftung im Jahre 1925 von der Maschinenfabrik Augsburg abhandelt. In dem Jahre 1925 ist es zu dem letzten Mal dem Kollegen Werthaler gelungen, den über die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Verleumdungen und Mordanschlägen und zur Verurteilung zu gehen. Anfangs hat dieser Herr frische der Maschinenfabrik und christliche Gewerkschaften in Augsburg in der Maschinenfabrik mit einem Gespinnst mit anderen Arbeitern diese Verleumdungen wieder auf. Werthaler erhielt Nachricht von dieser Probe christlicher Mordanschläge. Er stellte gegen Werthaler Verleumdungen und ließ außerdem neben zwei anderen Frauen auch den bekannten Direktor Dr. Guggenheimer der Maschinenfabrik Augsburg als Zeugen laden. Die Verhandlung fand am 17. Oktober beim Schöffengericht in Friedberg statt. Der christliche Herr Werthaler machte da nicht einmal den Versuch eines Beweises für seine Verleumdung, er hatte auch keine Zeugen laden lassen. Er entschuldigte sich damit, daß er nicht beleidigen wollte und auch nichts gegen Werthaler gesagt habe. Die geladenen Zeugen bestätigten jedoch unter ihrem Eide, daß Werthaler tatsächlich erklärt habe, Werthaler habe sich ab-schmieren lassen. Dr. Guggenheimer erklärte: „Es ist vollständig ausgeschlossen, daß Herr Werthaler irgend etwas von der Maschinenfabrik erhalten hat. Die Firma hatte dazu nie Veranlassung. Ich habe aber auch Veranlassung genommen, in den anderen Betrieben Nachfrage zu halten, ob Werthaler etwa dort etwas erhalten hat und es hat sich ergeben, daß er niemals irgend etwas bekam, aber Veranlassung dazu bestand.“ Damit war die Beweisführung abgeschlossen. Herr Rechtsanwalt Sand als Vertreter Werthalers geschlossen für eine angemessene Strafe und Ertragung aller Kosten. Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht das Urteil: Werthaler ist schuldig des Vergehens der Beleidigung der üblichen Nachrede (§ 186 A. St. G. B.) und wird hierwegen in eine Geldstrafe von 80 M., im Falle der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von sechs Tagen sowie zur Ertragung aller Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß dieser Vorwurf ohne jeden Beweis leichtfertig erhoben sei, auch sei es ersichtlich unwahr, daß Werthaler irgend etwas erhalten hat.

**Chemnitz.** Eine Versammlung für Heizungsmonteur, Helfer und Kohlleger tagte am 18. Oktober im Restaurant Hoffnung, in der Kollege Krause über die Lage dieser Arbeiter in Chemnitz referierte. An Hand der vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausgenommenen Statistik wies er nach, daß in Chemnitz die niedrigsten Löhne bezahlt werden. Die Kupferschmiede haben hier wohl einen Tarif abgeschlossen, jedoch sei nicht festzustellen, ob alle in Heizungsfach tätigen Kollegen nach diesem entlohnt werden. Wie weit einzelne Unternehmer gewillt sind, die Löhne zu drücken, bemerkt das Vorgehen der Firma Richard Schuber, wo der Ingenieur Schlosser Dreher und Schmiede als Heizungsmonteur anlernen will, und da ihm die Kupferschmiede zu teuer sind, sollen diese Leute auch Kupferarbeiten ausführen. Angesichts der jetzigen Geschäftslage glaubt Herr Schuber solche Arbeiter mit 27 und 28 % pro Stunde abspesen zu können. Bis jetzt sind diese Arbeiter jedoch bald wieder ihre Wege gegangen, so daß die Firma sich veranlaßt gesehen hat, Arbeiter in auswärtigen Wäldern zu suchen. Die Versammlung wählte eine fünfgliedrige Kommission, die den Auftrag hat, die der Gewerkschaft noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, um dann auch für die in Heizungsfach tätigen Arbeiter am Orte die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln.

**Chemnitz.** (Arbeiter und Unternehmer.) Wenn ein Betrieb sich aus kleinen Anfängen zu einem Unternehmen von Bedeutung entwickelt, so spielen dabei sicher Faktoren der verschiedensten Art mit. Die bürgerliche Presse überschätzt gewöhnlich den Gründer mit großem Lob und feiert dessen Tüchtigkeit und Umsicht. Es soll nun durchaus nicht geleugnet werden, daß Leute von besonderer Begabung und großem Unternehmungsgeist hervorragendes leisten können. Es darf jedoch nicht vergessen werden, in allen solchen Fällen die verschiedenen Umstände mit zu berücksichtigen, die zur Entwicklung eines Unternehmens oder zum Reichtum des Unternehmers wesentlich mit beigetragen haben. Es ist doch nur die Arbeitskraft, die geistige und die physische, die Werte erzeugt. Und wenn Unternehmer an jedem Arbeiter im Jahr elfhundert Mark Reingewinn erzielen, so kann es sich jeder leicht ausrechnen, wie lange es dauert, bis er es zum reichen Mann gebracht hat. Das Chemnitzer Tagblatt brachte vor kurzem einen Bericht, in dem darauf hingewiesen wurde, daß in der Sächsischen Webstuhlfabrik im Juni dieses Jahres der hunderttausendste Webstuhl fertiggestellt worden sei. Aus diesem Anlaß ist eine umfangreiche, mit zahlreichen Abbildungen versehene Gedenkchrift herausgegeben worden. Aus dieser Schrift geht unter anderem hervor, daß der Gründer der Firma, Herr Louis Schönherr, trotz mancherlei widriger Erfahrungen, seinem Ziele, einen brauchbaren mechanischen Webstuhl zu schaffen, mit Zähigkeit und eisernem Fleiße zutrieb. Im Jahre 1851 konnte nach Zuziehung eines Kompagnons mit dem Webstuhlbau in gemieteten Räumen begonnen werden. 1857 übernahm Louis Schönherr das Geschäft allein. Hingewiesen wird noch darauf, daß die Sächsische Webstuhlfabrik heute in der Lage sei, den Bedürfnissen der gesamten Weberei — auch hinsichtlich des Baues der Hilfsmaschinen — mit wenig Ausnahmen zu entsprechen, daß sie nach Lage und Größe durchaus den Eindruck einer Weltfirma mache. Die Fabrik beschäftigt rund 1500 Arbeiter. 1907/08 habe der Geschäftsumsatz 6250000 M. betragen. Und der Aufsichtsrat hat in der Sitzung am 12. Oktober beschlossen, der Generalversammlung am 13. November dieses Jahres die Verteilung von 13 Prozent Dividende vorzuschlagen. 60000 M. sollen dem Dividendeneverfonds zugewiesen werden, 117000 M. will man zu Abschreibungen verwenden und 10000 M. sollen zur Überweisung an den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds in Vorschlag gebracht werden. Also auch an die Arbeiter hat man gedacht; von dem Betrag von 10000 M. entfallen circa 6 2/3 % pro Mann. Aber die Arbeiter haben bei der Verwaltung des Fonds gar nichts mitzureden. Im allgemeinen ist ja bekannt, daß die Arbeiter der Firma, wenn sie auf einen einigermaßen günstigen Lohn kommen wollen, ihre Kraft auf ein äußerste anspannen müssen. Und in der Gießerei besteht schon seit Jahren die Klage, daß es dort Arbeiter gibt, die nicht einmal die Mittagspause einhalten. Im Deutschen Bau bei Meister Tillmann sucht man Arbeiter, die sich der freien Gewerkschaft anschließen, zu schikanieren und zu maßregeln. Der Vorarbeiter Walthar spricht davon, daß sie sich die Leute nicht wollten „verheizen“ lassen. Arbeiter, die stets behaupten, für den ihnen gebotenen Preis nicht arbeiten zu wollen, passen ihm nicht. Ihm scheinen die paar Hirsche in dieser Branche sehr am Herzen zu liegen. Ein Kollege hatte zwei Mann für den Metallarbeiter-Verband gewonnen, um die sich ein Hirsch schon fast bezahlt hatte. Als dieser Kollege nun mit der Arbeit fertig war, gab Tillmann ihm zur Antwort, für solche Leute habe er keine Arbeit und Wenden und Bezen werde ja auch bezahlt. Die Arbeitsteilung ist in dieser Fabrik aufs Kleinste durchgeführt, deshalb sind auch viele ungelernete Arbeiter dort beschäftigt. Wenn solche Leute nun an der Maschine arbeiten, glaubt es der Vorarbeiter Walthar ihnen von Zeit zu Zeit ins Gewissen rufen zu müssen, daß sie als Handarbeiter in den Betrieb gekommen seien, indem er ihnen erklärt: „Da kommen sie hereingelaufen wie die Bettler, und wenn sie dann etwas verdienen, sitzen sie auf dem großen Pferd, die Herren Parteigenossen.“ Auch Redensarten wie „Hohjunge“ erlaubt sich dieser Mann Arbeitern gegenüber. — Auch Herr Bernhard Fischer, der Besitzer der Sächsischen Werkzeugmaschinenfabrik, hat Klein angefangen und zählt jetzt mit zu den reichen Leuten. Als vor einigen Jahren die Zugehörigkeit zur Metallarbeiterkrankenkasse von dem Versicherungszwang in einer Zwangsstufe befreite, mußten die dort beschäftigten Arbeiter dieser Klasse angehören, dadurch sparte Herr Fischer das eine Drittel des Beitrags, das er an die Zwangsstufe zu leisten gehabt hätte. Jetzt, wo er nun reich geworden ist, strebt er mit aller Gewalt danach, eine Betriebskasse zu errichten, was „im Interesse der Arbeiter“ geschehen soll. Die Arbeiter wollen jedoch von dieser Wohlthat nichts wissen, weil sie überzeugt sind, daß nicht die Fürsorge des reichen Mannes für sie hier in Frage kommt, sondern daß die Betriebskasse errichtet werden soll, um dem Unternehmer eine weitere Maßregel in die Hand zu geben, die Arbeiter rechtlos zu machen. Wie recht die Arbeiter haben, beweist die Handlungsweise in der Gießereier. Denn dort werden zurzeit mehrere besonders schwere

Arbeiten gemacht, die immer schwerer, aber und ohne Unterbrechung in Arbeit sind. In diesen schweren Arbeiten wird aber nicht der ganze Umsatz bezahlt, sondern der Umsatz wird nur nach dem normalen Maßstab berechnet. Ganz besonders sind hierbei die Eisenarbeiten im Vordergrund, weil diese besonders großen Schaden machen. Ferner werden ein Kupfer- und ein Stahlwerk (je 1. A. Stroh) gebaut, weil wegen dem Fehlen des Wagens ein Eisenbahnwagen an dem betreffenden Tag nicht mehr los werden und die Firma 2. A. Baggerfeld zahlen mußte. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten für den Tag, der aus der Maschinenfabrik herauskommt, keinen Lohn, obwohl diese Leute doch kein Schuld trifft, wenn der Wagen unterbrochen ist. — In der Drahtwarenfabrik von Franz Topf, Mühlentstraße, ist die Verhandlung so, daß Herr Heide (ein Schwiegersohn des Geschäftsinhabers) zu den Arbeitern spricht, daß die Preise jetzt zu lange dauere. Und wenn Arbeiter sonst etwas von ihm verlangen, bekommen sie öfter zu hören: „Es sind wohl verrückt.“ Der Chef selbst nennt die Arbeiter „Verbrecher“ und „Spigulieren“. Und als sich jemand darüber beschwerte, daß Träger in der Werkstatt gestrichen wurden und die Farbe stinkte, wurde ihm der Bescheid, daß die Arbeiter ja „den Müll stets vom Dreck hätten“. Die Stundenlöhne sind äußerst niedrig, denn Arbeiter, die 10 bis 12 Jahre im Betrieb arbeiten, erhalten 80 % Stundenlohn. Auch 22 bis 28 % pro Stunde wird dort bezahlt; ein Mann, der körperlich nicht ganz normal ist, arbeitet dort schon 11 Jahre und hat jetzt 22 % Stundenlohn. Der Akkordlohn ist auch kein hoher, 18 bis 20 M. Trotzdem sind in den letzten drei Monaten die Akkordpreise verschiedentlich reduziert worden, wie nachstehende Aufzeichnung zeigt.

	pro Gros		Abzug	Prozent
	bisher	jetzt		
Wirtentrockner, vierteilig	18,20	12,00	1,20	8,3
dreiteilig	10,20	9,00	1,20	11,7
Schneeschläger, Größe I	2,00	1,85	0,15	7,5
II	2,00	1,85	0,15	7,5
Spritzschneeschläger, Größe I u. II	1,15	1,10	0,05	4,3
Marktnebligel Nr. 209	2,25	2,00	0,25	20,0
808	1,15	1,10	0,05	4,3
Selbshalter	5,80	4,20	1,80	28,8

Dazu kommt, daß es die gangbarsten Artikel sind, an denen diese Abzüge gemacht wurden. Es ist also ein Geschäft, dabei ist etwas zu verdienen. Der „Fleisch“ und die „Umsicht“ des Unternehmers betätigen sich dabei aber ganz anders, als es von den Unternehmern immer dargestellt wird. Daran wird nicht gedacht, daß viele fleißige Hände dazu beitragen, daß ihnen nicht der Lohn bezahlt wurde, der ihnen eigentlich gebührt, daß den Überschuss der Unternehmer nur allein für sich in Anspruch nahm und sein Vermögen sich vermehrte durch fremde und vieler Hände Arbeit.

**Düsseldorf.** (Christliche Flugblätter.) Die Düsseldorfener Gewerkschaftsdrucken haben die Geylogentz, ihre Flugblätter ohne Angabe des Namens des Verfassers oder auch nur des Verlegers herauszugeben. Man begnügt sich damit, entweder „Druck Düsseldorf“ oder „Die Ortsverwaltung“ darunter zu setzen. Wenn dann nachher einer den Inhalt verantworten soll, ist es niemand gemein. Bei der letzten Stadtratswahl wurde in einem solchen Mäddchen behauptet, die Beamten der Ortskrankenkasse besuchten auf Kosten der Arbeiter das Theater. Als der Kassenvorstand klagte, war es niemand gewesen. Im Juni wurden an den Düsseldorfener Fabriken tausende von Flugblättern verteilt mit der Überschrift: „Diktator Wieber.“ Die Flugblätter enthielten die Antwort auf einen in verschiedenen Parteiblättern erschienenen Artikel mit gleicher Überschrift, worin die Vorkommnisse beleuchtet wurden, die in Wochen zu einer Wipplertour von der dortigen Zastelle 1 vom christlichen Metallarbeiterverband geführt hatten. In diesen Flugblättern wurden dem Kollegen Fäker gemeine Handlungsweise und andere Viebligkeiten vorgeworfen. Es wäre auch in diesem Falle nicht möglich gewesen, irgend jemand für den Inhalt verantwortlich zu machen, weil als Verleger einfach „Die Ortsverwaltung“ angegeben war. Aber der Beamte des christlichen Verbandes, Fritz Peus, verteilte persönlich die Blätter auf der Straße, wodurch es möglich war, diesen zur Verantwortung zu ziehen. Obwohl Peus als einziger Beamter der Düsseldorfener Ortsgruppe des christlichen Verbandes bestimmt nur als Verfasser des Flugblattes in Betracht kommen konnte, bestritt er das entschieden. Er gab vor Gericht an, die Blätter seien ihm zur Verteilung übergeben worden, von wem, wisse er nicht. Diese Aussage beweist schon zur Genüge, daß Peus nicht den Mut hatte, sein Ergebnis zu vertreten, aber sie ist insofern erklärlich, weil er sich vor Strafe schützen wollte. Das Zeugnis ist zwar nicht christlich, aber eine gewerkschaftschriftliche Gepflogenheit. Als Peus erklärte, daß ihm die Blätter „gebracht worden seien“, machte er das unschuldigste Gesicht von der Welt und wurde nicht im geringsten rot dabei. Nun kam aber das schönste! Herr Peus konnte zwar nicht bestreiten, daß er die Flugblätter verteilt hat, behauptete aber, ihren Inhalt nicht gekannt zu haben. Auch hierbei wurde Peus nicht rot. Wenn wir boshaft sein wollten, würden wir hier das Sprichwort zitieren: Übung macht den Meister. Das Fazit war folgender Vergleich: Herr Peus erklärt: „Durch das Flugblatt wollte ich den Privatflieger nicht beleidigen, denn ich kannte den Inhalt nicht.“ Die gesamten Kosten inklusive des gegnerischen Verteidigerhonorars trägt Herr Peus. So! nun wissen unsere Kollegen, was sie davon zu halten haben, wenn wieder christliche Flugblätter verteilt werden, in denen man andere Leute mit Dreck bewirft. Mag sich jeder diese Zeitungsnnummer ausgeben und sie in solchen Fällen hervorholen. Übrigens hat diese Gerichtsverhandlung eine Figur gezeichnet, die ebenso neu wie interessant ist: einen christlichen Gewerkschaftssekretär, der persönlich auf der Straße laufende von Flugblättern verteilt, ohne deren Inhalt zu kennen und der auch nicht weiß, von wem er diese Flugblätter erhalten hat! Ethische Emporentw. d. d. d.

**Hannover - Linden.** In unserer Generalversammlung am 16. Oktober ergab sich aus dem Kassenericht folgendes. Die Hauptkasse hatte eine Gesamteinnahme von 72 225,09 M. Aus den Ausgaben der Hauptkasse sind hervorzuheben für Reisegeld 3087 M., Lungensgeld 370 M., Anstaltenunterstützung an 730 Kollegen 17 761,25 M., Arbeitslosenunterstützung an 564 Kollegen 12 564,95 M., An Streulende wurden verausgabt 778,50 M., an Semesteregeld 2289,60 M., bei besonderen Notfällen 70 M., als Strafgeld 125 M. An die Lotteriekasse wurden 14 037,72 M. abgeführt, außerdem wurden an die Hauptkasse 13 000 M. abgeführt. Die Lotteriekasse bilanziert in Einnahme und Au gab mit 97 438,82 M. An Unterstützungen wurden aus derselben 3657,30 M. bezahlt. Der Kassenericht der Lotteriekasse betrug am 30. September 79 653,80 M. Den Kassenericht ergänzte machte Strieder besonders auf die Dreieckung der Arbeitslosenunterstützung aufmerksam. Diese betrug 12 564,95 M. in diesem Quartal, während im gleichen Quartal 1907 nur 2680,10 M. ausbezahlt wurden. In den ersten drei Quartalen 1907 wurden zusammen an 574 Arbeitslose 10 839,50 M. bezahlt, dagegen betrug die im gleichen Zeitraum dieses Jahres ausbezahlte Summe 37 026,10 M. an 1646 Kollegen für 29 591 Tage. Die Wirkung der Krise für die Metallindustrie am Orte zeigte sich auch deutlich in dem dem Bevollmächtigten der Geylogentz Geschäftsbereich. Ein Teil der hiesigen Betriebe lasse nur fünf Tage in der Woche arbeiten, wie Eisenwerk Wülfe, Garbenwerke, Zentralheizungswerke (in dem letzten Werke wird jetzt wieder voll gearbeitet). In anderen Betrieben wurde die Arbeitszeit herabgesetzt: Hohlentberg 9 Stunden, Kriger & Jhnen 8 Stunden, Amoenbengel 8 Stunden, während in anderen Betrieben die Arbeitszeit nach der jeweiligen Beschäftigung herabgemindert respektive ein Teil der Beschäftigten wegen Arbeitsmangel zu Feierlichkeiten gezwungen wurde. So bei Richter, Herrmann, Kroll, Eisen- und Stahlwerk Linden, Gerbrüder Kötzmann, Eisen- und Stahlwerk, Stiegelmeier, Westinghouse u. s. w. Bei Oppenheier ist jetzt die Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche reduziert, bei Dreher, Rosenkranz & Droop in einigen Abteilungen auf täglich 7 Stunden. Gut beschäftigt seien die Maschinenfabrik Dormais & Eggert in Linden und die Waggonfabrik. Die schlechte

Schickung wurde von einem Teil der Unternehmern jetzt ungenutzt, am 1. Januar 1908. In diesem Betreff ist der Betrieb nicht zu beklagen, denn es ist die Unternehmern in dem vorliegenden Falle auch von Erfolg gewährt. In anderen Fällen ist eine Einigung erzielt worden. Der Betrieb ist nach 4 Jahre kaum bei verloren gegangen, da durch die Gewerkschaften der Betrieb wieder in die Gewerkschaften wieder in den Betrieb von Erfolg geworden ist. Es ist zu hoffen, daß die ungenutzten Betriebsanlagen auch in diesem Quartal nach einer Einigung der Metallarbeiter um 14 zu veräußert sei. Auf dem 1. Januar dieses Jahres ist die Mitgliederzahl von 2031 auf 2069, also um 38 Mitglieder gestiegen. Zum 1. Punkte der Tagesordnung stellte der Vorsitzende mit, daß der Kollege Müller, bisher zweiter Verbandsmitglied, eine Stelle in Frankfurt a. M. angenommen habe, dadurch mache sich eine Reibung notwendig. Die Versammlung beauftragte mit diesem Votum den Kollegen Strieder. An dessen Stelle wurden dem Kollegen Wabst die Kassen-geschäfte übertragen. Sodann wurde eine Kommission bestimmt, die die nötigen Vorarbeiten zur Anstellung eines neuen Beamten zu treffen hat.

**Koerndorf.** Am Samstag den 17. Oktober hielt die hiesige Verwaltung der Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine überaus stark besuchte Betriebsversammlung der Stöckchen Werks ab. Die Ursache dazu war in der Hauptsache die am 1. Oktober erfolgte Einstellung eines gewissen Herrn Dr. Abel als Ingenieur für die Gießereier. Als Referent war der Bezirksleiter Kollege Lauterbach (Stuttgart) erschienen. Derselbe führte in der Hauptsache ungeschick folgendes aus: Die Firma Stöckchen ging aus kleinen Anfängen hervor und hat sich bis heute glänzend zum Großbetrieb entwickelt. Das bisherige Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Arbeiter war ein gutes. Es wurde nur getrübt bei der Anstellung des derzeitigen Schlosser-Ingenieurs Bourgl. Daß der Betrieb rentabel sei, gehe zweifellos schon daraus hervor, daß erst im letzten Jahre ein großartiges Verwaltungsgebäude erstellt wurde und sich zurzeit eine neue Gießerei im Bau befindet. Daß es von der Arbeiterschaft des Betriebes nicht begriffen werden kann, wie der neue Herr Doktor den Formen Akkordlöhne zu akkordieren versucht, die eine Kürzung des Lohnes von 80 bis 60 Prozent bedeuten, ist angesichts der oben angeführten Umstände klar. Wenn weiter dieser junge Herr schon in den ersten Tagen seines Hierseins, ohne den Betrieb und die Einrichtung zu kennen, erklärte, die Löhne seien durchweg zu hoch, für Hilfsarbeiter seien 80 % Stundenlohn genug laut einem unter der Arbeiterschaft kursierenden Gerücht, die Arbeiter seien zu schlapp u. s. w. ist die unter der Arbeiterschaft eingetretene Erregung begreiflich. Dadurch hat der Herr zweifellos noch nicht bewiesen, ob er das, was er von den Arbeitern verlangt, auch selbst zu leisten imstande ist. Der Referent belegte seine Ausführungen mit Beispielen. Die Preisfestsetzung für einzelne Stücke siehe in einem solchen Widerspruch zum bisherigen Preis, daß der Beweis erbracht ist, Abel möge vielleicht ein tüchtiger Chemiker sein, niemals aber ein tüchtiger Gießereier-Ingenieur. Dieses Zeugnis wurde übrigens dem Herrn auch von durchaus einwandfreier Seite, auf von uns angestellte Forscher von seinem vorherigen Arbeitsplatz bei Maier & Weigelt (Leipzig) mitgeteilt. Von dort wurde uns berichtet, daß die Arbeitsbedingungen während seiner einjährigen Tätigkeit als Ingenieur verschlechtert wurden (vorher war er einige Jahre Chemiker daselbst), daß er häufig beim Gießereiermeister Belegungen holen mußte und anderes mehr. Daß dies heute noch genau so notwendig wäre, dafür nur einige Beispiele über die „praktische Erfahrung“ des U. im Punkte Kalkulation. Ein Former machte ein Ventil. U. fragte nach der darauf verwendeten Arbeitszeit. „Vier Stunden mit Jurichten“ lautete die Antwort. Dies Stück konnte mit Jurichten in einer Stunde fertiggestellt werden, meinte U. Hierzu muß bemerkt werden, daß das Stück schon von den qualifiziertesten Formern gemacht wurde, die jeweils zum Formen drei Stunden und zum Jurichten eine Stunde benötigten. Ein anderer Fall: Für einen Bod. für den seither 28 M. Formertlohn bezahlt wurde (dies bezahlte schon eine Nachgargießerei, die die Arbeit ebenfalls schon zu machen hatte und durchaus nicht im Geruch steht, hohe Löhne zu bezahlen), belobte U. 14 M. festzusetzen. Dem Formermacher, der für die dazu gehörenden Kerne mindestens einhalb Tage Arbeitszeit benötigte, kalkulierte U. 4 M. Nun noch ein Fall: Für ein Schußgehäuse sollte U. 10 M. Lohn für den Former und 3 M. für den Kernmacher fest. Bemerkenswert muß werden, daß dieses Stück zum Herstellen überhaupt schon eine erste Kraft erfordert. Für Formertzeit werden bei intensiver Arbeit zwei Tage notwendig und zum Jurichten ein Tag. Mit diesem einen Tag auszukommen bedingt aber, daß der Former mit dem Einsetzen und Einführen der Kerne vollständig vertraut ist. Der Kernmacher benötigt für die dazu gehörenden Kerne mindestens zwei Tage Arbeitszeit. So ließen sich noch mehrere Fälle anführen. Es sei deshalb, führte Lauterbach aus, notwendig, daß die Kollegen einmütig zusammenstehen in ihrer Organisation, um den scharfmacherischen Plänen dieses Herrn entgegenzutreten. Sollte sich jedoch wider Erwarten die Betriebsleitung in allen Punkten auf die Seite des neuen Ingenieurs stellen, alle seine bis dato getroffenen Maßnahmen unterstützen, so habe sie die Konsequenzen selbst zu tragen. Die Firma habe es sich dann selbst auszusprechen, wenn ihr bisheriger, in heiklen Ringen erworbener Ruf, besonders in puncto Gießerei ertüchtigen Qualitätsstufe, zum Teufel gehe. Ein törichtes Verfahren wäre es, wollte die Firma ein Arbeitssystem einführen, das dem der Massenfabrikation wie zum Teil in Rheinland und Westfalen, gleichkäme. Derartiges würde zweifellos nichts anderes als den Ruin der Firma bedeuten, da sie die Konkurrenz mit den genannten Firmen, die an der Quelle der Rohprodukte ihren Sitz haben, auf die Dauer nicht auszuhalten imstande wäre. Daß diese Gefahr besteht, beweist unter anderem folgende Anordnung, die Abel traf. Ein Former hatte einige poröse Gußstücke. Er warf diese zum Ausschubguß. Als Abel dies sah, fragte er, warum dies beim Ausschubguß liege. Er erhielt darauf Auskunft: „Ach was“, erklärte Abel, „das wirft man nicht weg, das schmiert man einfach zu.“ Dies ist bezeichnend. Ob damit der Firma gedient ist, lassen wir dahingestellt. Ein derartiges Anreizsystem war und ist im Stöckchen Betrieb nicht nötig, denn es kann gesagt werden, daß die bisherigen Gießereier es geradezu vortrefflich verstanden haben, in dieser Beziehung die Interessen der Firma nach jeder Richtung hin wahrzunehmen. Der Redner ging dann des weiteren auf die Frage der Akkordarbeit, die Stellung unierer Organisation dazu und die diesbezüglichen Abmachungen mit dem Metallindustrieverband ein. Er betonte ganz besonders, Vorbedingung bei Einführung der Akkordarbeit sei eine Betriebsreinerichtung, mit der ein rationelles Arbeiten auch möglich ist. Diese Vorbedingung fehle zum Beispiel für die Gießereier noch vollständig, die Former müßten des öfteren ein bis zwei Stunden auf den Kern warten, der Trocknen ist zu klein, so daß überhaupt schon der Platz für die Former durchaus nicht im Verhältnis zu ihrer Zahl steht u. s. w. Nach all dem Gesagten werde wohl jedem der Anwesenden die Situation klar, werde auch der letzte derselben von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt sein, von der Organisation, die allein für die Arbeiter der Firma Stöckchen in Frage kommen kann, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Folgende Resolution war inzwischen eingebracht worden: Die nahezu vollständig versammelten Arbeiter der Firma Stöckchen erklären auf das entschiedenste gegen die geplanten Neuerungen des Gießereieringenieurs Herrn Dr. Abel. Die Versammelten erkliden in denselben das Bestreben, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verschlechtern, und halten diese Maßnahmen für ungeeignet, den bisherigen guten Ruf und das Renommee der Firma zu vermindern und zu schädigen. Als geeignetes Mittel, den Schatzmachernplänen des Herrn Dr. Abel entgegenzuwirken und die Arbeiter vor wirtschaftlicher Schädigung zu schützen, sehen die Arbeiter eine möglichst einheitliche und geschlossene Organisation an. Diese Organisation ist für die Arbeiter der Stöckchen Gießerei der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Die Versammelten fordern deshalb alle bis jetzt unorganisierten Arbeiter auf, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unverzüglich beizutreten, und verpflichten sich, mit allen Kräften im Sinne der Organisation zu wirken. Von der Direktion der Firma Stöckchen erwarten die Versammelten, daß sie im eigenen Interesse und in Wahrung des Ansehens der Firma gegen die Absichten

des Herrn Dr. Welt Stellung nimmt, und behaupten sich die Ver-  
sammlungen im übrigen alle wirtlichen Schritte vor. In der Sitzung  
wurde die Meinung dahin ausgesprochen, daß die Einsetzung sehr ernst ist und  
ein Zusammenstoß nicht fern zu erwarten ist. In seinem Schluß-  
wort war Herr Dr. Welt sehr vorsichtig, unter anderem einen Fall  
beizubringen, die Stellung der Arbeiter betreffend. Ein Arbeiter  
hatte Schlägertrüge fortgeschickt. Er mußte dafür eine andere Arbeit  
machen und als er wieder zur ersten Arbeit zurückkehrte, schloß ihm der  
Schlag (da muß dazu gesagt werden, daß er keinen verlässlichen  
Schwanz oder Kasten hatte). Dafür wurden ihm nun am letzten Arbeit-  
tag und schreib (sch) Wirtl abgezogen. Der Einsetzungskommitee und  
die Vertreter der Versammlung beiseite, wie diese über ein derartiges  
Vorgehen denken. Bemerkten wollen wir noch, daß diese vier  
Schlägertrüge der Firma höchstens 60 g Verletzungskosten verursachen.  
Nach der Konstatierung dieser Tatsachen erfolgte durch Abstimmung die  
Annahme der vorgeschlagenen Resolution. Ferner beauftragte die Ver-  
sammlung die Geschäftsleitung, bei der Firma schriftlich anzufordern,  
wie sie sich zu dem Vorgehen des Herrn Dr. Welt stellt, in welcher  
Form sie die Einführung des Alfordsystems beabsichtigt ist. Weiter  
soll sofort auch in dieser Sache an die Leitung des Mittelrheinischen  
Metallindustriellenverbandes herangetreten werden. Darauf wurde  
die Versammlung geschlossen.

**Aus Vorbringen.** Wenn sich die Münchener-Clabacher Werk-  
stätten dritter, vierter und fünfter Wirtl bei der Unfallver-  
sicherung mit dem Gegner in die unentbehrbare Sachfrage verwickeln  
haben, dann stehen die hilflos jappelnden „Weltanschauungs“-prediger  
noch als letzten konjunktiven Rest übrig, daß die Sozialdemokraten die  
Arbeitervertreter seien. Ungeachtet der konkreten Tatsachen ist's  
natürlich heute wie immer unbillig, solchen Verweilungsbeschwerden  
legend eine Würdigung zuteil werden zu lassen, dies wäre noch un-  
sinniger wie die Behauptung der Christen selbst, daß heißt wenn  
noch etwas unsinniger sein könnte. Insofern interessant wäre es doch,  
wenigstens für solche Gegenden, die nach Ansicht der Münchener-Clab-  
bacher Dervische noch Spuren von Entwicklungsmöglichkeiten für  
ihre wirtschliche Weltordnung bieten, wenn man dort die von den  
Leuten geliebte Praxis den Ausbrüchen ihrer Hilflosigkeit einmal im  
Ernst gegenüberstellen wollte. In der lothringischen Eisenindustrie  
herrschen durchweg sehr verbesserungsbedürftige Zustände. Die aller-  
erbärmlichsten jedoch bezeichnenderweise bei dem frommen, einem  
tüblichen Säulenheiligen gleichenden Herrn De Wendel. Diese Firma,  
die es trotz ihrer Sparsamkeit fertig gebracht, entgegen dem  
Willen des Herrgotts kabalhafte Reichtümer anzuhäufen, hat — von  
anderen Kostbarkeiten, über die wir heute nicht reden wollen, ab-  
gesehen — eine Betriebskrankenkasse errichtet, die in ihrer Art ein-  
fach ein Wunder ist. Die Kasse, in fünf Klassen eingeteilt, zahlt täg-  
liche Krankengeldsätze von 64 g aufwärts bis zum Höchstbetrag  
von 1,92 M. Wir haben nun die Statuten aller Betriebskrankenkassen  
der lothringischen Schwerindustrie durchgesehen, ohne jedoch etwas  
ähnliches finden zu können. Die Differenz zwischen der De Wendelschen  
Krankenkasse und allen anderen lothringischen Betriebs-  
krankenkassen beträgt in der höchsten Klasse bei einwöchiger  
Krankheit 3,50 M., in einem halben Jahre (der Maximalgrenze der  
Unterstützungsdauer) also annähernd 100 M. Die Bombacher Hütten-  
werke, gemäß auch sein Eldorado, zahlen an jugendliche Arbeiter von  
14 bis 16 Jahren ein wöchentliches Krankengeld von 4,50 M., die  
pächterliche Firma De Wendel genügt ihrer Pflicht schon mit  
3,84 M. Dafür kann ein derartiger Glückspilz aber auch im Gegen-  
satz zu den Jugendlichen der Bombacher Hütte diese Krankengeld-  
summe unter Umständen bis zum achtzehnten Jahre und noch länger  
einheimsen. Die Firma Köchling, die sonst doch auch eine krankhafte  
Sucht hat, Lohnsparrnisse zu machen, und das kleine Puddel- und  
Walzwerk in Ars a. d. Mosel, das an Kapitalkraft nicht entfernt an  
die Schubschleifens der heiligen Barbara heranreicht, haben bis heute  
das De Wendelsche Krankenversicherungssystem noch nicht nachgemacht.  
Dafür sind aber auch dem Leichenwagen des letzten vor zwei Jahren  
verstorbenen Chefs der frommen Firma sechzig Geißliche nebst dem  
Bischof von Metz nachgeschluppt, und der jetzige Hauptrepräsentant  
ist ja, wie behauptet wird, anlässlich der letzten Reichstagswahl mit  
dem päpstlichen Segen bedacht worden. Und in den letzten Wochen  
wurde dem Unternehmen durch den Mailänder Erzbischof Ferrari,  
der sich an der De Wendelschen Tafel gütlich getan, aufs neue die  
Wirtlgeizigkeit bezeugt. Ob seine Eminenz auch in St. Robertus  
die Saupfale alias De Wendelsche Kolonie vorher besucht hat? Mit  
den Krankenversicherungswahlleistungen bei De Wendel befaßte sich nun am  
11. Oktober eine in Groß-Mogevore von unserer Organisation und  
vom Arbeitgeberverband einberufene öffentliche Versammlung. Die  
ganzen Schönheiten bei De Wendel und auch die Tatsache, daß ein  
Großunternehmer administrativ sogar Reichsgelehrte aufheben kann  
und dazu sogar der Sanction des lothringischen Regierungspräsidenten  
teilhaftig wird — siehe § 20 des De Wendelschen Betriebskrank-  
kassenstatuts und § 28 des Reichsversicherungsordnungsgesetzes —  
wurden gebührend behandelt. Anwesende „christliche“ Gewerkschafter  
erklärten sich mit dem von den Referenten gemachten Anfechtungen,  
daß gegenüber einem solch tüchtigsten Unternehmer die größte  
Günstigkeit der Arbeiter notwendig sei, in vollem Einverständnis. Das  
Mitglied M. des Gewerkschafts „christlicher“ Bergleute meinte sogar,  
dies sei um so eher möglich, als auch in ihrer Organisation Leute  
seien, die kein direktes Christentum mehr bezeugen. Am darauf-  
folgenden Dienstag den 13. Oktober fand nun eine von den Christen  
einberufene Versammlung der De Wendelschen Berg- und  
Hüttenarbeiter statt, um zu dem gleichen Gegenstand Stellung zu  
nehmen. Herr Karas referierte, Herr Hofmann referierte und Herr  
Jochum sprach französisch. Herr Karas legte schließlich der zahlreich  
besetzten Versammlung eine Resolution vor. Er war etwas gar  
lang geredet, indes konnte man doch noch verstehen, daß Herr Karas  
von der Versammlung beauftragt sein wollte, in der Staatsratssitzung  
eine Eingabe zu tun. Von dem anwesenden Vertreter unserer Ge-  
werkschaften wurde jedoch sofort darauf aufmerksam gemacht, daß  
da die Mehrheit der Versammlung ja aus freigezogenen Arbeitern  
bestünde, dies nicht so ohne weiteres ginge, sondern man müsse  
gewissen, hier Hand in Hand mit den Freigezogenen zu gehen,  
das heißt die Führer der freien Organisationen zu dem Vorgehen  
in der Abweisung der Staatsratssitzung mit heranzuziehen.  
Herr Karas gab dies aber gar nicht, er wollte durchaus die  
Präzedenz in der Sache allein bringen. Das jämlich ausgesprochene  
Verständnis war Herr Karas abfolat nicht zur Deckung zu bringen,  
nicht zu überlegen, daß gegenüber einer Millionäre in der Industrie  
der Arbeiter alle sogenannten „Weltanschauungs“-prediger in den  
Fingerringen zu treiben hätten. Von den Führern unserer Gewerkschaften  
wurde nun die Erklärung abgegeben, daß sie, obwohl mit  
dem Inhalt der Resolution einverstanden, doch nicht darüber sprechen  
wollten, sondern, da sie ja von der Wirtlgeizigkeit angeschlossen seien,  
manche allein vorgehen müssen. Herr Karas ließ nun, da er freie  
Wege zu haben glaubte, aber keine Resolution abgeben, und es  
ging, wie es gehen mußte. Nur der dritte Teil der Versammlung,  
nach nicht einmal alle Christlichen stimmten mit. Geringes haben  
wir bemerkt, daß die „Christlichen“ in ihrer Hilflosigkeit manchmal  
von Zerkleinerung durch die Sozialdemokraten seien. Nachher aber  
— um in Jargon der „Spitzen“ zu bleiben — die Sozialdemokraten  
müßten einmal dort, wo es notwendig ist, die Probe aufs Exempel  
bestehen, denn man, wie immer sagt, wie es geht. Daß die Berg- und  
Hüttenarbeiter der Groß-Industrie die handwerkliche Handlungsmacht  
der „christlichen“ Führer nicht verstehen kann, ist leicht begreiflich.  
Wir aber verstehen die Herren Karas und Hofmann, wir wissen,  
daß ihnen die Befähigung ihrer persönlichen Intelligenz höher steht  
als die Beratung von Arbeitervertretern. In dieser Laune überließ  
auch die Gut von Beschäftigten nicht, mit denen diese „Arbeiter-  
vertreter“ die Versammlung geschlossen haben.

**Mittelberg.** Am 13. Oktober hatten die vorerwähnten Ge-  
werkschaften eine Versammlung abgehalten, in der über die  
Ersetzung der Firma Reinländer verhandelt wurde. Herr Spiegel referierte. Ferner überließ  
eigentlich, wie sich die Bewegung in letzter Zeit abgespielt haben. Die  
„christlichen“, die Herr Reinländer der Arbeiterklasse an ge-  
weist habe, seien für die Arbeiter einfach unbrauchbar gewesen.  
Das Sachverhalte der Firma, was eine bestimmte Zeit von Er-er-er,  
die Herr Reinländer nicht verstehen wollte, erklären zu können.

ist einfach ein Schlag ins Gesicht der ausgeprägten Arbeiter ge-  
wesen, und es ist daher mit Recht rittlich abgelehnt zu werden.  
Herr Reinländer behauptet es zwar, daß dem Arbeiter zu dem als  
sei er ein menschenfreundlicher und wohlwollender Mann, jedoch  
nicht genauer betrachtet, würde man schon einen solchen Vor-  
behalt an der Person des Reinländer (sei, ließen die lan-  
geren Einwirkungen seiner Fabrik alles zu wünschen übrig. In-  
genz, wenn die Feuerungen in der Fabrik angemacht würden, konnte  
sicher den anderen vor lauter Qualm nicht mehr leben. Es schloß  
sei es mit der Ventilation befaßt. Durch den überaus hohen Wert  
würde der in der Höhe liegende Fluß verunreinigt. Auch seien  
genügende Schutzvorrichtungen bei den Teilmotoren erst noch be-  
zuzustellen. Er empfahl auch der Firma, die Arbeiterbestimmung hin-  
sichtlich des Anhaltens von Arbeitern einmal gründlich zu studieren.  
Man werde versuchen, der Firma Reinländer in dieser Beziehung  
etwas nachzugeben, indem man der zuständigen Gewerkschaften  
entsprechende Mitteilung machen werde. Rabner ließ dann die  
„Arbeitervertreter“ Rabus passieren und schloß seine interessanten  
Ausführungen mit dem Bemerkten, daß jedenfalls von der Arbeiter-  
schaft alles getan werden sei, um die Lohnfrage auf gutlichem  
Wege zu regeln. Daß das nicht gelungen sei, liegt eben an dem  
Verhalten des Herrn Reinländer selbst, der auch allein die Ver-  
antwortung zu tragen habe. Wie der Kollege Spiegel, so bedauer-  
lich auch die Arbeitervertreter, daß heute die Behörde nicht ver-  
traten sei, denn dann müßte sie doch Veranlassung nehmen, auf  
Grund des Behörten den Betrieb einmal zu inspizieren. Es wurde  
festgestellt, daß man sogar das Sicherheitsventil des Dampfes  
jetzt mit einem Pfeifflein beschwerte, also das Leben der Ar-  
beiterkraft in höchste Gefahr bringe. Hiergegen müsse man ent-  
schieden Front machen. Soeben gelangte folgende Resolution zur  
einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche Gewerkschafts-  
versammlung nimmt mit Staunen von dem Verhalten der Firma  
R. Reinländer nach den Verhandlungen vom 8. ds. Kenntnis und  
erklärt, daß die Organisationsleiter und auch die Ausgesperrten  
auf das Angebot der Firma nicht eingehen könnten. Die Ver-  
sammlung verspricht, die Ausgesperrten mit allen gesetzlichen Mitteln in  
ihrem geschlichen Kampfe zu unterstützen, und ersucht die Versam-  
mlung, daß die Ausgesperrten dafür sorgen, daß der Abzug bei der  
Firma Reinländer nicht zur Tatsache wird, weil dadurch die Ar-  
beiter in den übrigen Betrieben und auch die Unternehmer ge-  
schädigt werden.“ Ferner gelangte folgender Antrag, der aus der  
Mitte der Versammlung gestellt war, zur einstimmigen Annahme:  
„Im Anschluß an den Brief der Firma Karl Reinländer, worin  
die Arbeiterkraft auf die Arbeitgeberorganisation hingewiesen wird,  
wird beantragt: Die Versammlung möge beschließen, die Organi-  
sationsvertreter zu beauftragen, sich mit dem Arbeitgeberverband  
in Verbindung zu setzen, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie dieser  
sich zu dieser Auslieferung der Firma R. Reinländer stellt.“ Nach  
einem längeren padenden Schwurwort des Kollegen Spiegel, in dem  
er betonte, die Meitender Arbeiterkraft möge aus die en Vor-  
geben der Firma Reinländer die nötigen Lehren ziehen und sich  
der Organisation anschließen wurde die Versammlung mit einem  
kräftigen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.  
Im Anschluß hieran können wir noch mitteilen, daß sich die Or-  
ganisationsvertreter nach dem Beschluß der Versammlung an den  
Vorständen des Arbeitgebervereins gewandt haben, zumal auch  
deshalb, weil die Firma Reinländer uns schriftl. daß man sich zur  
Beilegung der Differenzen an den Vorständen des Arbeiter-  
vereins, Herrn Joh. K e m p e l, wenden sollte. Der Herr hat es  
aber abgelehnt, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln.  
Gründe hat er darüber in seinem Schreiben nicht angegeben. Da aus  
ist ersichtlich, daß die Firma Reinländer die ehrtliche Absicht hatte,  
auch die oben geschilderte Versammlung, in der gründlich mit der  
Firma abgerechnet wurde zu hintertrieben oder sie hinterh  
zu führen, denn am Tage der Versammlung wurde uns das  
Schreiben der Firma, daß wir uns an Herrn Kempel wend  
sollten, zugehelt. Wir freuen uns aber darüber, daß der überhöhen  
Firma dieser Erid nicht gelumen ist, denn sonst wäre diese Rede  
vielleicht nicht, o der Kritik unterzogen worden, die ihr gebührt.  
Die Gewerkschaft hat auch von uns über die Zustände in der  
Dampfkeie einen Bericht erhalten, von dieser Seite wird nunmehr  
wohl für Ordnung gesorgt werden. Es mag dies dem Herrn Rein-  
länder unangenehm sein, aber Ordnung muß nun einmal sein. Da  
der Herr Reinländer Mitglied des Reichsvereins ist, hätte es  
eigentlich der Hilfe der öffentlichen Kritik und der Gewerkschaften  
zur Respektierung der gesetzlichen Bestimmungen nicht bedürfen sollen.

**Aus dem Saargebiet.** Bekanntlich hat das vrenkische Ab-  
geordnetens am 5. Februar 1906 beschlossen, die Regierung solle  
nach Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Selektionstour über  
die Kanalisierung der Mosel von der lothringischen Grenze bis nach  
Koblenz und der Saar von Hrebach bis Konz so frühzeitig vor-  
legen, daß der Betrieb auf beiden Hauptkanälen zu gleicher Zeit mit  
dem Kanal vom Rhein nach der Mosel eröffnet werden könne. Dieser  
Absicht liegt ohne Zweifel das Bestreben des preussischen Staates  
zugrunde, der rheinisch-westfälischen und der südwestdeutschen Groß-  
industrie in gleichen Maße entgegenzukommen und einen durch ein-  
seitige Bevorgung irgend einer Gruppe entstehenden Interessensreit  
hinzuschieben. Insofern interessant ist nun die Tatsache, daß die  
rheinisch-westfälischen Gruben- und Hüttenbarone mit allen ihnen zu  
Gebot stehenden Mitteln versuchen, die Kanalisierung von Mosel  
und Saar zu verhindern, indem sie die Lage hauptsächlich der  
Schwerindustrie ihres Bezirkes in möglichst düsteren Farben  
malen und die Sache so hinstellen, als ob für sie eine eminent nach-  
teilige Veränderung der Produktions- und Konsumverhältnisse  
näheliege. Ursprünglich war die Eröffnungszeit beider Kanäle  
auf 1912 festgesetzt, man hat den Termin der Eröffnung aber auf 1915  
verhöben. 1915 ist also das Jahr, in dem der Betrieb auf dem  
Rhein-Neckartal, auf der kanalisiertem Mosel und auf der kanalisiertem  
Saar zugleich eröffnet werden soll. Nach dem Urteil von Sach-  
verständigen würde die Kanalisierung der Mosel und Saar eine Sach-  
zeit von mindestens fünf Jahren erfordern, das heißt also mit der  
Arbeit spätestens 1910 begonnen werden. Dazu ist aber erforderlich,  
daß schon anfangs 1905 von der preussischen Regierung dem Ab-  
geordnetens eine Sachlage gemacht wird. Es ist deshalb begreiflich,  
daß man es wünschender Stelle versucht, die hierzu nötigen Vor-  
arbeiten möglichst zum Abbruch zu bringen und die Sachlage nach  
jeder Richtung zu klären. Die Regierung hat nun Gegenstand der  
Verhandlungen über die Mosel- und Saarkanalisierung zwischen der  
rheinisch-westfälischen und südwestdeutschen Eisenindustrie zu  
Sitz a. H. am 3. und 4. Januar 1906 folgende drei Fragen ge-  
macht: 1. Sind in der Produktions- und Verbrauchsverhältnissen  
der Eisenindustrie in Rheinland-Westfalen einerseits und in  
Südwestdeutschland-Saarland andererseits seit dem Jahre 1901 wesent-  
liche Veränderungen vor sich gegangen? 2. Werden die Produktions-  
und Verbrauchsverhältnisse der Eisenindustrie in Rheinland-  
Westfalen einerseits und in Südwestdeutschland-Saarland andererseits  
durch den Rhein-Neckartal wesentliche Veränderungen erfahren? 3. Werden die Produktions- und Verbrauchsverhältnisse der Eisen-  
industrie in Rheinland-Westfalen einerseits und in Südwest-  
deutschland-Saarland andererseits durch die Kanalisierung der Mosel  
und Saar wesentlich verändert werden? Man ersieht schon aus  
der Art der Fragestellung, daß es der Regierung wesentlich darauf  
ankam, die vorhandenen Differenzen zwischen den beiden Interessen-  
gruppen zu beilegen, um sich bezüglich ihrer weiteren Schritte freie  
Wege zu schaffen. Bezeichnend war für die Richtung, durch eine  
genügende Sachlage der beiden Parteien ein einträgliches Ergebnis  
herbeizuführen. Es kam aber zu keinem Resultat, denn die Ver-  
handlungen griffen sich nicht. Schuld an dem Versagen tragen  
beide Interessengruppen, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird  
auch der Stahlwerkbund dabei nicht mehr oder weniger in Mit-  
schuldenschaft gezogen werden, zumal die südwestdeutschen Hüttenbarone  
keinen Grund zu abgropfer Zufriedenheit als Mitglieder desselben  
zu haben glauben. Bei den Rührer Verhandlungen hätten die nord-  
westlichen Teilnehmer ihre Argumente auf eine in der Druckerie von  
Joh. Brenden & Sohn in Duisburg-Ingelhart hergestellte, 28 Bogen-  
umfassende Sachlage druckte, in der auf Grund reichhaltigen statistischen  
Materials die günstigere Lage der südwestdeutschen Eisenindustrie

gegenüber der rheinisch-westfälischen nachgewiesen werden sollte  
und das Mittelmaß zwischen beiden wurde, daß durch die Kanalisierung  
von Mosel und Saar sich die Situation noch weiter verschärfen  
würde. Jedoch wird darin die grundsätzliche Bewegung  
erkundet, von dem Projekt, das nur zu gering ist, den Kanalisierung  
(sogar) unabhingeweise zu verschärfen und die Bedingungen derselben  
nicht geändert zu erhalten — endgültig Abstand zu nehmen. Es ist  
nicht verwunderlich, daß der Regierung eine derartige Stellungnahme  
ebenfalls nicht angenehm sein konnte, zumal ja der preussische Staat  
als größter Unternehmer an der Saar ein sehr großes Interesse an  
einer möglichst günstigen Verfrachtungsgeliegenheit zur Erzielung  
größerer Überschüsse hat. Durch das nur auf ihren persönlichen Vor-  
teil bedachte Vorgehen der rheinisch-westfälischen Industriellen  
sind aber einseitigen alle zu einer Verständigung führenden Gründe  
abgetragen und die ganze Sache wieder auf das tote Geleise gestellt  
worden. Als Antwort hierauf ist in den letzten Tagen eine von  
Dr. Alexander Zille im Auftrag der Handelskammer Saarbrücken,  
der südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-  
industrieller und des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirt-  
schaftlichen Interessen der Saarindustrie verfaßte Denkschrift erschienen,  
die sich zur Aufgabe macht, die in der erwähnten Denkschrift der  
rheinisch-westfälischen Industriellen erhobenen Einwände gegen  
die Kanalisierung von Mosel und Saar zu widerlegen und auf ihren  
wahren Wert zurückzuführen. Es soll dies in vier Heften der Süb-  
westdeutschen Wirtschaftszagen unter folgenden Titeln erfolgen:  
Heft 15: Der Rückgang der südwestlichen Eisenwerke in der Eisen-  
industrie des deutschen Reichsgebietes 1902 bis 1907. Heft 16: Die Aus-  
gleichung der Rohelisenleistungen in Südwestdeutschland-Saarland  
und Rheinland-Westfalen, 1902 bis 1907. Heft 17: Der Rhein-  
Neckartal und die westliche Eisen- und Kohlenindustrie. Heft 18:  
Die Dringlichkeit der Mosel- und Saarkanalisierung. — Die Dar-  
legungen Dr. Zilles, dieses unverbesserlichen Scharfmachers, in Heft 15  
büßten nicht allein bei den direkt Beteiligten Interesse erregen.  
Gerade die moderne Gewerkschaftsbewegung, die in den Flugblättern  
der Saar und Mosel noch in den Kinderstühlen steckt, kann durch die  
Kanalisierung der beiden Flüsse und dem damit voraussichtlich ver-  
bundenen Zustrom fremder Arbeitskräfte nach Saarabien nur ge-  
winnen. Die Verletzung des einheimischen Elements durch fremdes  
kann die Grundlage zu einer besseren Entwicklung unserer Bewegung  
schaffen. Weil dem so ist, so kann dem arbeitenden Volke an der  
Saar und an der Mosel der Streit zwischen den beiden mächtigen  
Unternehmergruppen um die Kanalisierung dieser beiden Flüsse durch-  
aus nicht gleichgültig sein. Ohne Zweifel hat auch der Bau des  
Rhein-Neckartals eine noch nicht vorausgehende Steigerung der  
rheinisch-westfälischen Eisenproduktion zur Folge. Demgegenüber  
würde aber durch das Falllassen des Mosel-Saarkanalisierungs-  
projekts auch nach unserer Ansicht eine weitere Verschärfung des  
Wettbewerbsverhältnisses zumungunsten des Südwestens eintreten, der  
Schwerpunkt der Eisenindustrie ganz nach Rheinland-Westfalen ver-  
legt werden. Die Arbeiter des südwestdeutschen Industriebezirkes  
müßten aber die Kosten dieser Unterlassungssünde in Gestalt ver-  
schlechterter Lohn- und Arbeitsverhältnisse tragen. A. F.

## Rundschau.

### Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Frankfurt a. M.  
im Stadtparlament folgende Anträge gestellt:

1. Zur Milderung der für den kommenden Winter zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit und deren Folgen:
  - a) alle städtischen Arbeiten beschleunigt in Angriff zu nehmen und Vorbereitungen für außerordentliche Notstandsarbeiten zu treffen sowie sich mit den übrigen städtischen und ländlichen Gemeindeverwaltungen des Frankfurter Wirtschaftsgebietes zur Finanzgriffnahme ähnlicher Maßnahmen zu verständigen;
  - b) rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß für Schutz und Unterkunft der hiesigen Obdachlosen in ausreichender Weise geeignete Maßnahmen getroffen werden und zu diesem Zwecke zu gegebener Zeit städtische Mittel und Räume zur Verfügung zu stellen;
  - c) dem Frankfurter Verein zur Speisung armer Schulkinder eine einmalige außerordentliche Unterstützung von 10000 M zu überweisen;
  - d) den Frankfurter Gewerkschaftsorganisationen als Äquivalent für die Entlastung des städtischen Armenrats Zuschüsse zu ihren Arbeitslosen-Unterstützungseinrichtungen zu zahlen.
2. Zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Wirkungen:
  - a) in den Etat künftigh, und zwar erstmals in dem nächstjährigen Etat, eine angemessene Summe für Notstandsarbeiten während der Wintermonate einzusetzen, und in Jahren guter Konjunktur, in denen keine Notstandsarbeiten erforderlich sein sollten, diese Summe zur Bildung eines Fonds für Notstandsarbeiten zu verwenden;
  - b) der Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung näherzutreten und zur Prüfung dieser Frage sowie des ganzen Problems der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Einsetzung einer gemischten Deputation — laut § 66 des Gemeindeverfassungsgesetzes zuzustimmen;
  - c) gemeinsam mit dem Stadtverordnetenkollegium an Reichsregierung und Reichstag eine Eingabe zu richten, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungsgesetzgebung die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung zur Einführung zu bringen.

Die Vorlage wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Sie könnte den Arbeitervertretern in anderen kommunalen Körperchaften sehr wohl zum Muster dienen.

### Zur Unfallversicherung im Schloßereibetriebe.

In Nr. 246 der Nachrichten des Verbandes Deutscher Schloßereier (datiert vom 20. Oktober) wird ein interessanter Brief mitgeteilt, der vom Vorstand der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft am 3. Juni an den Vorstand des Verbandes Deutscher Schloßereier gerichtet worden ist. In diesem Briefe wird folgendes ausgeführt:  
„Dem Verbands teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß die Deputation der Schloßereier zum Zwecke einer näheren Verständigung unserer Genossenschaft noch nicht aufgefunden hat und auch selbst bis heute eine Annäherung von keiner Seite erfolgt ist. Da nun in der Zwischenzeit von den Schloßereiern Bescheid über zu hohe Beitrags-  
sätze — abgesehen solche von einzelnen Unternehmern — nicht empfangen sind, so gestatten wir uns, über den Stand der bei uns versicherten Schloßereierbetriebe nunmehr folgendes zu berichten:  
Untere Schloßereierbetriebe sind schon seit einer Reihe von Jahren getrennt in solche, die handwerksmäßig betrieben werden, und in solche, die fabrikmäßig betrieben werden, eingeteilt. Als Grundlage für die Ermittlung der Gefahrenziffern haben die Resultate der Jahre 1903 bis einschließlich 1903, wie sie das letzte Unfallverzeichnis anzeigt, gebient. Hiernach wurden von den handwerksmäßig betriebenen Schloßereiern auf 100 M Höhe 65,8 g und von den fabrikmäßig betriebenen Schloßereiern auf 100 M Höhe 81,0 g Entschädigungen bezahlt. Aus diesen Unfallziffern sind die Gefahrenziffern, und zwar: für handwerksmäßig betriebene Schloßereier 6  
fabrikmäßig 8  
für die jetzt noch geltende Tarifperiode mit vollem Recht entstanden. Vergleicht man nun vom Beginn der Genossenschaft an bis 1903 — dem letzten Jahre der abgelassenen Tarifperiode — die Entschädigungen mit den Beiträgen, so ergibt sich nach der in der Anlage beigefügten Zusammenstellung, daß bei 7644891 M nachgewiesenen Schäden von uns 400965,35 M Entschädigungen bezahlt wurden. Unter

Verpflichtung der gesamten Untertanen... (Text regarding tax obligations and administrative matters)

Die wir schon früher mitteilen konnten... (Detailed report on the Metallarbeiter-Zeitung's financial and administrative status)

Elektrizitäts- und Gassteuer.

Das Deutsche Reich befindet sich in einer großen Finanzklemme... (Article discussing the financial crisis and proposed tax measures)

Neben dieser Besteuerung von Gas und elektrischer Kraft... (Continuation of the article on electricity and gas taxes)

Die Veröffentlichung des dem Bundesrat vorgelegten Gesetzesentwurfs... (News about the proposed law regarding electricity and gas taxes)

Nicht strafbares Streikvergehen.

Anfang März hatten die Hilfsarbeiter der Eisengießerei von Charlottenburg... (Article about a strike in Charlottenburg and its legal implications)

Wichtigem zum Inhalt es eine Verabredung oder Vereinbarung im Sinne des § 153... (Legal analysis regarding labor agreements and strikes)

Noch ein freigesprochenes Streikposten.

Als in der Fabrik von Kammesfahr in Gräfzath bei Solingen gestreikt wurde... (Report on a strike in Solingen and the court's decision)

Unternehmer-Terrorismus.

Die in Breslau erscheinende Volkswacht bringt in ihrer Nummer vom 21. Oktober folgende Notiz... (Article about employer terrorism and a case in Breslau)

Nochmals Unternehmer-Terrorismus.

Der Vorwärts vom 18. Oktober enthält wieder einmal einen Unisbrief... (Continuation of the article on employer terrorism)

Gewerbegerichtliches.

Walt Kündigung oder nicht? Der Siegfriedarbeiter Sch. in Wald... (Legal case regarding dismissal and labor law)

Ich hat nicht mehr in Betracht. Am 17. war der Arbeiter entlassen... (Continuation of the legal case from the previous page)

Rechtsverbindliche Kollektivkündigung.

Die auf der Elbe in Schiffsahrtbetrieben beschäftigten Boot- und Steuerleute... (Article about collective dismissal in the shipping industry)

Eine zurückgenommene Verurteilung.

Der Werkmeister Philipp Borngässer in Chemnitz hatte am 29. Juni in einem Restaurant... (Article about a retracted conviction)

Christliche Sozialpolitik.

Das Offenburger Volksblatt brachte kürzlich folgende Notiz: In christlichen Gewerkschaftsorganen finden wir folgendes Inzerat... (Article on Christian social policy and labor organizations)

Hirsch-Dumckiana.

Strohfeld und Streifbrugg. Wie unseren Kollegen bekannt ist, hat der schlesische Hirschendistriktsleiter Strohfeld... (Article about a labor dispute in Silesia)

Vom Ausland.

England.

Im September starb zu Battersea ein Veteran des Gewerkschaftswesens, der 97jährige Kollege Thomas Atkinson... (Article about a veteran of the labor movement in England)

In Gull wurde er wieder aus dem Gefängnis entlassen, er stand da in Halle und Genuß, aber als freier Mann. Sein Name, der von der Polizei verfolgt wurde, erhielt sich Monate lang. In Liverpool fand Wilson wieder Arbeit. Später arbeitete er noch in Genuß und London und beteiligte sich hervorragend als Gewerkschaftler. Im Alter von 66 Jahren trat er noch mit in den Streit. Als ihn darauf sein Unternehmerrang mehr in Arbeit nehmen wollte, beantragte er die Altersrentenversicherung seines Verbandes. Diese hat er bis zu seinem Tode bezogen. Noch im Alter von 80 Jahren hellebete er ein Amt in der Ortsverwaltung zu Walfersa. Im vorigen Jahre wurden in seiner Gewerkschaft mehr als 100 für ihn gesammelt. Es wurde ihm dadurch ermöglicht, seine bedrängte Tochter zu sehen, damit diese ihm seinen verfallenen Haushalt führe. Seine Kollegen ehren ihn durch den Beinamen „Vater des Maschinenbauerverbandes“. Wir wissen nicht, ob er Thomas Wilson in seinem hohen Alter noch möglich gewesen ist, die neuen sozialistischen Ideen in sich aufzunehmen, die auch in der englischen Arbeiterbewegung immer mehr Eingang finden. Auf jeden Fall könnte aber dieser alte Kollege, der 77 Jahre lang Gewerkschaftler war und zu einer Zeit für seine Gewerkschaft eintrat, wo dies noch mit großen Gefahren verbunden war, manchem jüngeren Kollegen zum Muster dienen.

**Transvaal.**

Dem Hamburger Echo vom 20. Oktober entnehmen wir folgenden Appell der Transvaaler Arbeiter an die Arbeiter der deutschen Sprache:

„Johannesburg, 28. September 1908.

Unter der Leitung des Witwatersrand Gewerkschafts und Arbeiter-Vorstandes wurde kürzlich eine Konferenz abgehalten, wobei Delegierte von den 22 unterzeichneten Organisationen vertreten waren, zur Besprechung der Schritte, die gegen die Victoria-Falls Kraft-Company und deren Subkontraktoren, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin und die Firma Lauchhammer Eisenwerke in Böhmen, getan werden sollen. Für diese Firma sind Arbeiter aller Länder, zum größten Teil aber deutsche, für einen geringeren als den anerkannten Lohn in Transvaal tätig. Zu erwähnen ist, daß die Arbeiter nicht nur gezwungen werden, unter dem üblichen Lohn, sondern auch zugleich länger als 8 Stunden zu arbeiten. Zum Beispiel ist erwiesen, daß ein großer Teil der bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft angestellten Arbeiter seit Monaten jeden Tag 13 Stunden, Sonntags ebenfalls, beschäftigt wird. Anstatt 48 Stunden werden in der Woche 91 Stunden gearbeitet, ohne daß dafür Überzeit oder sonst etwas bezahlt wird. Das sind herrliche Zustände! Für diese glänzenden Verhältnisse ist in erster Linie ein Herr Weber, Manager der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin, verantwortlich. Monteur, Aufseher u. s. w. sind auf Kontrakt, unter ebenfalls niedrigeren Löhnen als den ortsüblichen, von Deutschland aus engagiert.

Gegen solche Vorgänge protestieren wir aufs energischste und wenden wir uns deshalb vor allem an die deutsche Arbeiterbewegung, um sie vor solchen „Glück“ zu warnen, denn in Transvaal sind so viele Arbeiter arbeitslos, daß diese Firmen nicht gezwungen sind, Arbeiter zu importieren. Selbstverständlich sind die Transvaaler nicht gewillt, unter anderen als den ortsüblichen Bedingungen zu arbeiten.

Wir stehen auf dem Standpunkt der Stuttgarter Resolution betreffs des Kontraktsystems, die erneut auf dem hier abgehaltenen Kongress der Vertreter der Gewerkschaften und sozialistischen Verbände von Transvaal (siehe Vorwärts vom 5. Juli 1908) angenommen wurde.

Wir hoffen, daß alle Arbeiter, die unter solchen Verhältnissen stehen, bald ihre Klasseninteressen wahrnehmen und den absolut unangebrachten Patriotismus beiseite legen; denn es ist zweifellos, daß der Nationalhaß gegen die deutschen Arbeiter noch mehr zutage tritt, wenn sie sich nicht vorziehen, als Lohnrücker engagiert zu werden. Wir verlangen deshalb die Unterstützung der Arbeiterorganisationen und Arbeiterpresse in Deutschland und fordern diese auf, sich unserem Proteste anzuschließen, um womöglich den Import von Kontraktarbeitern nach Transvaal zu verhindern.

Hoch die Internationale!

**Im Auftrag der**

- Bricklayers (Maurer), Engine Drivers (Maschinenisten), Amalgamated Engineers (Maschinenbauer), Boilermakers (Kesselschmiede), Iron Moulders (Eisenformer), Typographical Union (Buchdrucker), Carpenters and Joiners (Zimmerer und Sattler), Plumbers (Rohrleger), Miners (Bergarbeiter), Plasterers (Stuckateure), Stonemasons (Steinmetzen), Musicians (Musiker), Hairdressers (Friseur), Secretary of the Trades and Labour Council: Charles C. Clouston, Witwatersrand, Trades and Labour Council.

**Im Auftrag der**

- Riggers' Union (Stromschlepper- Arbeiter), Bakers (Bäcker), and General Workers (allgemeine Arbeiter): A. Crawford, Generalsekretär, S. B. II

**Im Auftrag der Independent Labour Party:**

- P. Zeman, Sekretär, Germanist Socialist Literary Society: Franz Glas, Sekretär, und des Sozialistischen Arbeitervereins „Vorwärts“: Albert Hirsch, Sekretär.

**Literarisches.**

(Für Bestellungen der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich zur am den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

**Metallarbeiter-Kalender für das Jahr 1909.** Herausgegeben von Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co. 151 Seiten nebst Kalender und Scherenschnitt. Preis für Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei Bezug durch die Zentralverwaltung 60 Pf., durch den Buchhandel bezogen 75 Pf. — Der Metallarbeiter-Kalender für 1908 ist in einer Auflage von 5000 Exemplaren abgesetzt worden. Von Personen, die nicht Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, werden noch nur sehr wenige Exemplare gekauft werden können. Nachbestellungen sind daher sehr spärlich zu machen. Man darf darauf also mit Recht den Schluss ziehen, daß der Metallarbeiter-Kalender sich bei unseren Verbandskollegen einer großen Beliebtheit erfreut. Wir glauben, daß der Kalender für 1909 diese Beliebtheit noch steigern wird, indem er sich seinen Vorgänger nicht nur durch die reichhaltige Ausstattung, sondern auch durch die Fülle der in ihm enthaltenen Nachrichten über die Metallarbeiter-Verhältnisse in Deutschland und im Ausland verdient gemacht hat. Die Angaben über die Tätigkeit der Metallarbeiter in den verschiedenen Ländern sind so reichhaltig, daß sie für die Metallarbeiter in jeder Hinsicht von großem Interesse sind. Die Angaben über die Tätigkeit der Metallarbeiter in den verschiedenen Ländern sind so reichhaltig, daß sie für die Metallarbeiter in jeder Hinsicht von großem Interesse sind. Die Angaben über die Tätigkeit der Metallarbeiter in den verschiedenen Ländern sind so reichhaltig, daß sie für die Metallarbeiter in jeder Hinsicht von großem Interesse sind.

**Vertretung der deutschen Sozialdemokratie — Stimmabgabe der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1908 — Sozialistische Organisation der Privatangehörigen 1907.** — Ein Vergleich mit den früheren Jahrgängen führt zu dem Ergebnis, daß der Kalender sich in einer wertvollen Materialsammlung über die Arbeiterbewegung und die Volkswirtschaft auszeichnet. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

**Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten — Organisation der Privatangehörigen 1907.** — Ein Vergleich mit den früheren Jahrgängen führt zu dem Ergebnis, daß der Kalender sich in einer wertvollen Materialsammlung über die Arbeiterbewegung und die Volkswirtschaft auszeichnet. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

**Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten — Organisation der Privatangehörigen 1907.** — Ein Vergleich mit den früheren Jahrgängen führt zu dem Ergebnis, daß der Kalender sich in einer wertvollen Materialsammlung über die Arbeiterbewegung und die Volkswirtschaft auszeichnet. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

**Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten — Organisation der Privatangehörigen 1907.** — Ein Vergleich mit den früheren Jahrgängen führt zu dem Ergebnis, daß der Kalender sich in einer wertvollen Materialsammlung über die Arbeiterbewegung und die Volkswirtschaft auszeichnet. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

**Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten — Organisation der Privatangehörigen 1907.** — Ein Vergleich mit den früheren Jahrgängen führt zu dem Ergebnis, daß der Kalender sich in einer wertvollen Materialsammlung über die Arbeiterbewegung und die Volkswirtschaft auszeichnet. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

**Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten — Organisation der Privatangehörigen 1907.** — Ein Vergleich mit den früheren Jahrgängen führt zu dem Ergebnis, daß der Kalender sich in einer wertvollen Materialsammlung über die Arbeiterbewegung und die Volkswirtschaft auszeichnet. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

**Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten — Organisation der Privatangehörigen 1907.** — Ein Vergleich mit den früheren Jahrgängen führt zu dem Ergebnis, daß der Kalender sich in einer wertvollen Materialsammlung über die Arbeiterbewegung und die Volkswirtschaft auszeichnet. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Die in dem Kalender enthaltenen Beiträge sind von hervorragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung.

**Verbands-Anzeigen**

- Mitglieder-Versammlungen.**
- Samstag, 31. Oktober:
    - Barmstadt, Gewerkschaftshaus, 9 Uhr.
    - Braunau, Sangerstr. 15, halb 9 Uhr.
    - Bayreuth, Germania, 8 Uhr.
    - Beimhain, Gefellshaus, 8 Uhr.
    - Beimhain, Hofstr. 27, halb 9 Uhr.
    - Beimhain, Hofstr. 27, halb 9 Uhr.
    - Offenburg, Zum Schützen, 8 Uhr.
    - Reutlingen, Barock, 8 Uhr.
    - Reutlingen, Bsp. Sangeasse, 9 Uhr.
  - Sonntag, 1. November:
    - Wiesbaden, Ludwigsplatz, 9 Uhr.
    - Wiesbaden, Bahnhofstr. 10, 10 Uhr.
    - Wiesbaden, Schmiebe u. Kesselschm., 10 Uhr.
    - Wiesbaden, vorm. 10, 10 Uhr.
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
  - Montag, 2. November:
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
  - Dienstag, 3. November:
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
  - Mittwoch, 4. November:
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
  - Freitag, 6. November:
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
  - Samstag, 7. November:
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.
    - Wiesbaden, Hofstr. 4, 10 Uhr.

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.**

Adin a. Rh. (Vertrauensmänner der Kempner und Zuffallaleure) Dienstag, 3. Nov., abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.

Adin a. Rh. (Vertrauensmänner) Freitag, 6. November, abends halb 9 Uhr, bei Geyb.

Schweidnitz. Die Adresse des Kassierers ist jetzt Gustav Köhler, Fleischerstr. 11, 2. Hofgeb. abends von 7-8 Uhr. Sonntags geschlossen.

- Gestorben.**
- Augustburg. Carl Scheler, Former, 46 Jahre, Lungenerkrankung.
  - Beimhain. Wilhelm Gerhardt, Monteur, 24 Jahre, Winddarm-entzündung.
  - Jöhoe. Franz Leicht, Former, 68 Jahre, Hirn- u. Blasenleiden.
  - Reipzig. Richard Seliger, Schlosser, 48 Jahre, Rippenfellentzündung.
  - Lugau Ulrich, Graveur, 31 Jahre, Augenleiden.
  - Ulrich. Klippmüller, Schrauben- schneider, 27 Jahre, Lungenleiden.
  - Julius Weiser, Metallarbeiter, 42 Jahre, Tuberkulose.
  - Robert Wittorf, Graveur, 28 Jahre, Augenleiden.
  - Magdeburg. Paul Engel, Metall- arbeiter, 25 J. Kehlkopfentzündung (12).
  - Walter Reinhardt, Schlosser, 23 Jahre, Lungenerkrankung (12).
  - Albert Beyer, Metallarbeiter, aus Duedlinburg (12).
  - Franz Hennigfeld, Schlosser, aus Köthen (12).
  - Ernst Schiele, Former, 26 Jahre, Betribsunfall.
  - Karl Schlichter, Bohrer, 23 Jahre, Sturzverletzung (12).
  - Wenig. Max Richter, Klempner, 33 Jahre, Darmverengung (6).

**Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure**

Berlin NW. 6, Chariteestrasse 3.

**Privat-Anzeigen.**

**Christentumskasse der Graveure u. Ziseleure.** Am Montag den 30. Nov. 1908, abends 7 Uhr, findet im Dredeuer Garten, Dredeuerstr. 45, die ordentl. Generalversammlung statt.

**Soeben erschienen** und durch alle Verwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie durch unterzeichneten Verlag zu beziehen:

**Metallarbeiter-Notizkalender 1909**

**Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder**

Reichhaltiger Inhalt • Gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes • Eleganter Druck • Gediegene Ganzleinenbindung mit Cashe und Stiltroh.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pfennig pro Stück, inkl. Porto.

Versand bis 10 Exempl. erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrags.

**Alexander Schlicke & Cie.,** Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstr. 16 B.